

### Bilanz der tschechischen Innenpolitik im Jahre 1993

Brokl, Lubomir; Mansfeldová, Zdenka

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brokl, L., & Mansfeldová, Z. (1995). *Bilanz der tschechischen Innenpolitik im Jahre 1993*. (Berichte / BIOst, 8-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49254>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Inhalt

Seite

## Kurzfassung

.....  
3

## 1. Die Parteienlandschaft im neuen Staat

.....  
6

1.1 Entwicklung der Meinungspräferenzen im Jahre 1993.....6

1.2 Fixsterne des politischen Firmaments und die potentiellen Wähler.....9

1.3 Aktivitäten der politischen Parteien außerhalb des Parlaments.....12

1.4 Von der Zersplitterung zu einem Parteiensystem mit wenigen Parteien.....12

## 2. Probleme nach der Abspaltung der Slowakei

.....  
13

2.1 Trennung der Währungen.....14

2.2 Gemeinsame Grenze.....14

2.3 Teilung des Vermögens.....15

2.4 Zollunion.....15

2.5 Aufnahme neuer diplomatischer Beziehungen mit dem Ausland.....16

2.6 Dominierende Kontroversen.....16

## 3. Die Regierung von Klaus

.....  
17

3.1 Fortsetzung der Wirtschaftsreform.....17

3.2 Die Kuponprivatisierung.....19

3.3 Das neue Steuersystem.....20

3.4 Die Reform der Staats- und Selbstverwaltung.....20

3.5 Die Verfassung und der Senat.....21

3.6 Die anhaltende Abrechnung mit der Vergangenheit.....22

## 4. Die Rolle von Václav Havel

.....  
23

4.1 Bestimmung der Kompetenzen des Präsidenten in der neuen tschechischen Verfassung.....24

4.2 Präsidentenwahl.....24

4.2.1 Die Streitigkeiten bei der Nominierung des Kandidaten für das Präsidentenamt.....	24
4.3 Veränderungen der Rolle des Präsidenten.....	25
4.4 Entwicklung des Vertrauens in den Präsidenten und andere politische Institutionen (nach Meinungsumfragen).....	27
5. Tschechische Republik an der Schwelle des Jahres 1994	
.....	
31	
Anhang	
.....	
41	
Summary	
.....	
44	

30. Juni 1994

Die Verfasser sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Soziologie-Institut der Akademie der Wissenschaften in Prag.

Redaktion: Eleonora Schneider

**Lubomír Brokl/Zdenka Mansfeldová**

## **Bilanz der tschechischen Innenpolitik im Jahre 1993**

**Bericht des BIOst Nr. 8/1995**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Für die Bürger der Tschechischen Republik hat sich mit der Teilung der Föderation nicht nur ihr Lebensraum, sondern auch der Begriff Vaterland geändert. Formal wurde die Tschechoslowakei zum 31. Dezember 1992 in zwei Staaten aufgeteilt, aber die eigentliche Teilung des einheitlichen Staatsorganismus zog sich durch das ganze Jahr 1993. Als das Hauptproblem erwies sich dabei die Aufteilung des Föderalvermögens und die Festlegung der gemeinsamen Staatsgrenze, inklusive des Grenzregimes. Die Prinzipien der Vermögensaufteilung wurden zwar bereits vor der Teilung vereinbart, bald zeigte sich aber, daß dies ein komplizierter Prozeß sein wird, der beiden Seiten viel politischen Willen abverlangt, der nicht immer zur Genüge vorhanden war. An vielen Details wurde erst nach und nach deutlich, wie sehr die beiden Teile der ehemaligen Föderation miteinander verzahnt sind, wobei die sachlichen Probleme sich stets in politische umzuwandeln drohten.

Durch die Aufteilung der Tschechoslowakei ist in den böhmischen Ländern eine langjährige Diskussion über die tschechisch-slowakische Staatsordnung verstummt, auch die Massenmedien und die Meinungsforschung widmen sich diesem Problem nicht mehr, und wenn, dann nur im Zusammenhang mit praktischen Problemen der Teilung, wie z.B. mit einer Gemeinde an der mährisch-slowakischen Grenze und der Aktivität der dortigen Bewohner, die sich etwas anderes als ihre Regierungen wünschten. In der Slowakei denkt man über die Auflösung der Föderation immer noch nach, und die Bürger kommen auch im Gespräch mit Tschechen immer wieder auf dieses Thema zurück.

Die Kontroverse bei der Suche nach einem geeigneten Szenario der Wirtschaftsreform oder einem dritten Weg ist nicht mehr aktuell. Nach dem Untergang der Föderation scheint auch der tschechisch-mährische Streit an Aktualität verloren zu haben, und mit der Annahme des Gesetzes über die Rechtswidrigkeit des kommunistischen Regimes verliert auch die antikommunistische Debatte an Intensität. Die tschechisch-sudetendeutsche Auseinandersetzung wird jedoch fortgesetzt und gerät immer wieder in unruhiges und konflikträchtiges Fahrwasser.

Mit wechselnder Intensität sorgten im Jahre 1993 folgende Probleme für innenpolitische Spannungen: Restitution des kirchlichen Vermögens, der Senat und die Verabschiedung eines Wahlgesetzes für dieses Gremium, Reform der öffentlichen Verwaltung sowie eine neue administrativ-territoriale Gliederung des Staates.

Das erste selbständige Jahr der tschechischen Wirtschaft wurde positiv bewertet, die makroökonomischen Ergebnisse sind trotz der aus der Teilung der Föderation resultierenden Schwierigkeiten besser als in den meisten postkommunistischen Ländern. Die Änderung der Eigentumsverhältnisse ist mit dem Start der zweiten Welle der Kuponprivatisierung in ihre nächste Phase getreten und soll einen positiven Beitrag zur ökonomischen Transformation leisten.

Trotz der liberalen Rhetorik kümmert sich die Regierung darum, den sozialen Frieden zu erhalten, und beugt vorläufig den größten sozialen Problemen vor, z.B. dadurch, daß sie die Inkraftsetzung des Konkursgesetzes für große Staatsunternehmen hinauszögert.

Unter den einzelnen Koalitionsparteien sowie innerhalb der anderen politischen Gruppierungen gibt es Spannungen und Konflikte. Nach außen hin ist es in der Regierungskoalition aber nicht zu offenen Krisen gekommen. Die Arbeit der meisten Oppositionsparteien wurde jedoch durch die Teilung erheblich gelähmt. Die vakante politische Mitte bot den Parteien außerhalb des Parlaments die Möglichkeit, politische Gruppierungen zu bilden, um diese Lücke zu besetzen.

### *Ergebnisse*

1. Das Jahr 1993 war von der Suche nach nationaler Identität im neuen selbständigen Staat gekennzeichnet. Gleichzeitig kamen die Prozesse der Teilung der Föderation allmählich zum Abschluß. Die Verhandlungen über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakei wurden fortgesetzt und schließlich von beiden Regierungen in Form eines Abkommens festgelegt. Die Währung wurde getrennt und eine Zollunion gebildet. Außerdem arbeitete man intensiv an der Aufteilung des Föderalvermögens, wobei die wichtigsten Aufgaben in diesem Zusammenhang erfolgreich gelöst wurden; es war jedoch ein längerer und schwierigerer Prozeß als anfänglich angenommen. Beide Nachfolgestaaten haben diplomatische Beziehungen aufgenommen und waren bemüht, die gemeinsame Grenze und das Grenzregime festzulegen. Diese Schritte brachten, vor allem in den Grenzgebieten, eine ganze Reihe von Problemen im Alltagsleben mit sich und zeigten immer wieder den hohen Grad der gegenseitigen Verflechtung der beiden Staaten.
2. Das Parteiensystem - jene Parteien, die die Chance haben, ins Parlament zu kommen - zeigt nach den Wählerpräferenzen von 1993 die Tendenz, sich auf drei oder vier politische Parteien zu konzentrieren. Dies war das angestrebte, jedoch nie erreichte Ideal der Ersten Republik vor dem Zweiten Weltkrieg. Noch fehlt aber eine starke, ernsthafte und konstruktive Opposition, und wahrscheinlich wird es sie noch eine geraume Zeit nicht geben. Ungeachtet aller Bemühungen der Parteien außerhalb des Parlaments und auch einiger bereits im Parlament etablierter Parteien, die vakante politische Mitte auszufüllen, ist dies keiner von ihnen gelungen. Trotz einer permanent hohen "Politisierung" der Öffentlichkeit nehmen die Bürger an dem Parteileben, das durch die 40jährige Dominanz der KPÈ in der kommunistischen Ära diskreditiert wurde, keinen persönlichen Anteil oder empfinden sogar Abneigung dagegen.
3. Die wichtigsten Probleme, die 1993 von den Bürgern laut Meinungsumfragen als schwerwiegend eingestuft wurden, waren in dieser Reihenfolge: Kriminalität und ungenügende Sicherheit der Bürger, Gesundheitswesen, Lebensstandard, Umwelt, Wirtschaftsreform. Das Vertrauen der

Bürger in die demokratischen Institutionen und die Möglichkeit, Bürgerrechte wahrzunehmen, wächst, aber der immer noch unterentwickelte demokratische Bürgersinn sowie die unzureichenden Mechanismen der Interessenvertretung haben zur Folge, daß große Teile der Bevölkerung noch nicht davon überzeugt sind, daß sie ihre Interessen in der Gesellschaft durchsetzen können.

4. Die Bürger blicken eher optimistisch in die Zukunft; diese Stimmung ist mit dem Vertrauen in die wirtschaftlichen Reformen verbunden. Das spiegelt sich auch in den relativ stabilen Wählerpräferenzen und der eher rechtsorientierten Einstellung der Bevölkerung wider. Am Ende des ersten Jahres der selbständigen Tschechischen Republik war die innenpolitische Lage im Vergleich zum Jahresanfang weitgehend konsolidiert und stabilisiert. Trotz zahlreicher Streitigkeiten innerhalb der Koalition blieben im Prinzip nur zwei wesentliche Probleme ungelöst - die Reorganisation der öffentlichen Verwaltung sowie der lokalen Selbstverwaltung, verbunden mit neuer regionaler Gliederung, und die Restitution des kirchlichen Eigentums.
5. Die Rolle des Präsidenten hat sich verändert. Im Vergleich zu seiner Amtsperiode als Staatsoberhaupt der Tschechoslowakei hatte V. Havel als Präsident des neuen Staates, beschnittene Befugnisse und war an andere verfassungsmäßige Rahmenbedingungen gebunden.

## 1. Die Parteienlandschaft im neuen Staat

Der erste Monat des Bestehens der neuen Tschechischen Republik (ÈR) war einerseits durch die Konstituierung der obersten staatlichen Organe, andererseits durch den Abschluß verschiedener tschechisch-slowakischer Verhandlungen gekennzeichnet. Was die Aktivitäten politischer Parteien anbelangt, so waren sie vergleichsweise schwach. Die Parteien widmeten mehr als die Hälfte dieses Monats Verhandlungen über die Konstituierung der zweiten Parlamentskammer (Senat), die Ende 1992 in der Verfassung verankert worden war und von den mandatlosen Abgeordneten der aufgelösten Föderalversammlung besetzt werden sollte. Nachdem die Verhandlungen über den Senat gescheitert waren<sup>1</sup>, wandten sich die Gespräche der Nominierung des Kandidaten für das Präsidentenamt sowie der Vorbereitung der Präsidentenwahl zu. Die Lehrjahre eines regen Parteilebens mit dem dazugehörenden Zank und Skandalen fingen erst im Februar an<sup>2</sup> und zogen sich das ganze erste Jahr fort.

### 1.1 Entwicklung der Meinungspräferenzen im Jahre 1993

Trotz mancher Schwankungen, die wahrscheinlich Reaktionen auf einzelne innenpolitische Ereignisse waren, war insgesamt die Tendenz zur zahlenmäßigen Reduzierung der politischen Parteien, die im Unterschied zu den Wahlen 1992 imstande waren, ins Parlament zu kommen, festzustellen, d.h. ein relativ schneller, positiver Reifeprozess des politischen Systems. Gegenwärtig kann man eine langfristige Stabilisierung der politischen Szene beobachten. Das beweisen auch die Meinungspräferenzen in Tabelle 1.

Die Regierungskoalition als Ganzes konnte sich die Gunst der Wähler erhalten, während die christlich orientierten Christlich-Demokratische Union - Tschechische Volkspartei (KDU-ÈSL) und Christlich-Demokratische Partei (KDS) allmählich die Sympathien der Wähler verloren. Die Wählerpräferenzen der Parteien sanken im Verlaufe des Jahres etwas, abgesehen von der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ÈSSD) und der Bürgerlich-Demokratischen Allianz (ODA), höchstens jedoch um 4%. Die Regierungskoalition verlor zwar im Laufe des Jahres 1993 in der Wählergunst, unterschritt aber nie 41%. Die größte Zahl von Anhängern hat immer noch die Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) des Ministerpräsidenten Václav Klaus, die 28% der Respondenten gewählt hätten.<sup>3</sup> Einen Zugewinn an Wählerstimmen verzeichnete auch die ODA, während die zwei übrigen Mitglieder der Regierungskoalition - die oben erwähnten christlichen

---

\* Auflistung der im Text vorkommenden Parteien s. Anhang.

<sup>1</sup> Der Senat, der in dem Grundgesetz eher als eine Absicherung für die Abgeordneten der Föderalversammlung verankert wurde - er sollte durch diese "aufgefüllt" werden, damit sie nicht befürchten mußten, gleichzeitig mit der Tschechoslowakei auch die Föderalversammlung aufzulösen -, existierte trotz vieler Versuche und langer Diskussionen auch Mitte 1994 immer noch nicht, und der Unwille, ihn zu konstituieren, wird eher stärker. Nur die Scheu vor der Änderung des Grundgesetzes nach nur 18 Monaten Gültigkeit hemmt die Legalisierung dieser Unlust.

<sup>2</sup> Über drei Jahre wurde der Parteizank durch den tschecho-slowakischen Streit über die Staatsform gedämpft und modifiziert. Entsprechend dem Mangel an eigenen Parteierfahrungen hat er sich erst nach der Teilung des Staates ganz entfaltet.

<sup>3</sup> Institut für öffentliche Meinung (IVVM), Prag, Nr. 93-11, S. 2 und Nr. 94-2, S. 2.

Parteien - allmählich in der Gunst der Wähler fielen. Vielleicht spricht dies für eine Stärkung des säkularen Prinzips gegenüber dem konfessionellen. Auch die Position kleiner Parteien wird immer schwächer.

Tabelle 1

Deklarierte Wählerpräferenzen <sup>4</sup> im Jahre 1993										
	Februar <sup>*</sup>	März	April	Mai	Juni	Juli	September	Oktober	November	Dezember
ODS	32	27	27	30	29	26	32	31	32	28
ÈSSD	7	11	14	12	13	13	13	13	13	11
ODA	9	11	10	8	11	8	8	8	10	11
KSÈM	-	-	-	-	-	-	-	-	4	5

<sup>4</sup> Ebenda.



LB**	8	8	8	7	8	7	7	6	4	4
KDU-ÈSL	4	5	5	5	4	6	4	4	6	4
SPR-RSÈ	6	4	3	4	4	3	4	3	4	3
LSU***	3	4	3	5	4	4	3	4	1	1
HSDMS	2	1	0,5	3	1	2	1	2	2	2
SD/OH	2	2	2	2	1	2	2	1	2	1
KDS	2	0,5	2	0,5	1	1	2	2	1	1

\* Im Januar wurde keine Erhebung durchgeführt.

\*\* Im November 1993 gehörten zum "Linken Block" KSÈM und DL.

\*\*\* Bis Oktober 1993 umfaßte die LSU die Grünen, die Agrarpartei und die Tschechische Sozialistische Partei.

Der Rückgang der Sympathien für die ODS wurde wahrscheinlich zum einen durch die Aktivitäten von 19 enttäuschten ODS-Föderalabgeordneten verursacht, die die Parteiführung beschuldigten, das Programm nicht erfüllt zu haben, und einen außerordentlichen Parteikongreß forderten, zum anderen durch den Erpressungsskandal um den Chef des Regierungsamtes, Kovàè, und durch andere "unternehmerische" Affären der Führungsmitglieder Macek (stellvertretender Vorsitzender) und Èermák. Der Rückgang der Präferenzen für die KDS war offenkundig durch die ungeschickt (und wiederholt) vorgebrachten Ansprüche des Vorsitzenden Benda auf einen hohen Regierungsposten beeinflusst. Der Grund für den allgemeinen Popularitätsrückgang der KDU-ÈSL ist vermutlich darin zu suchen, daß sie einige Punkte ihres Programms ultimativ durchsetzte, sich vor allem mit den Forderungen der katholischen Kirche in bezug auf die Restitution des kirchlichen Vermögens und vielleicht auch anderen Ansprüchen identifizierte. Die Öffentlichkeit verhielt sich diesen Forderungen gegenüber indifferent, aber deren Vehemenz wurde eher als Belastung empfunden. Die ODA als eine Partei von Intellektuellen, die vom Senatstrauma unbelastet ist, weil sie nicht in der Föderalversammlung vertreten war und darum

kein Eigeninteresse hatte, gewann, offenkundig dank ihrer Distanz, die bis zu einer gewissen Opposition ging, gegenüber den übrigen Koalitionspartnern an Boden. Im Februar waren so nicht nur die "Spiele" innerhalb der Koalition, die mit unterschiedlicher Intensität bis heute andauern, sondern auch die wichtigsten Koalitionsstreitigkeiten vorgezeichnet.

Die Parteien außerhalb des Parlaments haben vorläufig keine Chancen auf Erfolg. Problematisch ist auch ihre Verankerung in der sich ändernden Sozialstruktur. Die Sympathieverschiebungen, die zu beobachten sind, spielen sich überwiegend innerhalb der Koalitionsparteien und der Opposition ab, selten zwischen diesen beiden Blöcken. Am häufigsten findet man die Verschiebungen zwischen den folgenden Parteien: ODS  $\square$  > ODA, ODA  $\square$  > ÈSSD, LB  $\square$  > ÈSSD. Die Charakterisierung der Sympathisanten dieser Parteien deutet an, wer die Gewinner und die Verlierer der Transformation sind. Diese Angaben müssen natürlich mit langfristigen Angaben über die Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Wirtschaftsreform verglichen werden, weil ebendiese Reform und die Einstellung zu ihr schon seit 1990 die bedeutendste Trennlinie (cleavages) für politische Präferenzen und Einstellungen ist.

### *1.2 Fixsterne des politischen Firmaments und die potentiellen Wähler*

Die "Fixsterne" des politischen Firmaments haben sich im Parteienspektrum allmählich etabliert. Trotzdem wurde eine weitere Differenzierung zwischen den Parteien deutlich. Es ist auch schon zum Zerfall mancher Fraktionen ("clubs") im Parlament gekommen.

Zum 1. Januar 1993 gab es im Parlament der Tschechischen Republik neun politische Fraktionen. Durch Spaltungsprozesse, die für Oppositionsparteien charakteristisch sind, ist ihre Zahl zum 31. Dezember 1993 auf elf angewachsen. Spannungen und Konflikte gab es sowohl zwischen den Koalitionspartnern wie auch in den Parteien selbst. Nach außen hin traten jedoch keine sichtbaren Krisen auf. Die Gründe für Spannungen bestanden vor allem in der unterschiedlichen Einstellung zur Restitution des kirchlichen Vermögens, zu wachsenden Ansprüchen der sudetendeutschen Landsmannschaften, zum Gesetz über den Widerstand gegen das kommunistische Regime, zur administrativen Gebietsgliederung des Staates usw. Die Differenzen wurden bereits Anfang Januar 1993 sichtbar, als die KDU-ÈSL drei Forderungen aufstellte: den provisorischen Senat bis 31. März zu konstituieren<sup>5</sup>, das Gesetz über den antikommunistischen Widerstand bis 31. Juni anzunehmen und das Gesetz über die Restitution des kirchlichen Vermögens zu verabschieden. Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, wollte die Partei "ihren Verbleib in der Regierung neu überprüfen". Die Koalitionspartner nahmen diesen Beschluß unterschiedlich auf. Der Vorsitzende der stärksten Partei, der ODS, äußerte seine Beunruhigung darüber, daß die Parteien, die entsprechend ihrem Wahlergebnis weniger stark vertreten seien und damit auch geringere Verantwortung in der Regierung tragen, jetzt versuchen, ihre Forderungen ultimatativ durchzusetzen. Auch in den darauffolgenden Monaten war zu beobachten, wie sich die ODS bemühte, durch das Gewicht der Wählerstimmen ihre Hegemonie in der Koalition aufrechtzuerhalten, während sich die Koalitionspartner in ihren opponierenden Reaktionen auf die Koalitionsvereinbarung beriefen.<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Das Abgeordnetenhaus entschied am 25. Februar 1993, die Mandate der Abgeordneten der ehemaligen Föderalversammlung aufzuheben. Mit 74 Ja-Stimmen, 55 Nein-Stimmen und 22 Enthaltungen wurde der Gesetzesentwurf über die Transformation der Föderalabgeordneten zum provisorischen Senat abgelehnt.

Im Verlauf des ganzen Jahres wurden mit wechselnder Intensität folgende Schwerpunktprobleme behandelt: Restitution des kirchlichen Eigentums, wobei die christlichen Regierungsparteien die maximale Forderungsalternative befürworteten; Konstituierung des Senats und die Wahlmodalitäten für dieses Gremium; Reform der öffentlichen Verwaltung und der administrativen Gliederung des Staates.

Aufspaltungen und Trennungen betrafen vor allem jene Oppositionsparteien, die innerhalb verschiedener, neu entstandener Gruppierungen auch einige außerparlamentarische Parteien oder deren Teile integrierten.

Schon im Januar 1993 hat sich die "Bewegung für eine selbstverwaltete Demokratie - Gesellschaft für Mähren und Schlesien" (HSD-SMS) in zwei Teile aufgespalten, wobei der radikale Teil die alte Benennung behielt und der andere sich zur "Bewegung für eine selbstverwaltete Demokratie Mährens und Schlesiens" (HSDMS) umbenannte und eine eigene Fraktion im Parlament bildete.

Die Liberal-Soziale Union (LSU), im Parlament ein von Anfang an sonderbares und heterogenes Subjekt aus drei korporativen, aber auch aus individuellen Mitgliedern, hat Wandlungen nicht nur in den Beziehungen der Mitglieder untereinander, sondern auch der einzelnen Mitglieder durchgemacht. Eines der korporativen Mitglieder, die Tschechoslowakische Sozialistische Partei (ÈSS), hat auf dem Parteitag im Mai beschlossen, auf das Attribut "sozialistisch" zu verzichten und ihren Namen in "Liberal-Soziale Volkspartei" (LSNS) zu ändern. Mit Rücksicht auf ihre Orientierung - mehr nach rechts als die übrigen beiden LSU-Mitglieder - hat sich die LSNS entschieden, das Bündnis mit der LSU zu verlassen und eine eigene Parlamentsfraktion zu gründen. Im September erklärte sie sich bereit, auf der Basis konstruktiver Opposition mit der ODS zusammenzuarbeiten. Jene ÈSS-Mitglieder, die die veränderte Orientierung der Partei und die Linie des neuen Parteivorsitzenden, Pavel Hírš, nicht akzeptieren wollten, konnten als individuelle Mitglieder in der LSU verbleiben. Die LSU war inzwischen bereit, sich in eine normale politische Partei mit individueller Mitgliedschaft umzuwandeln. Ein weiteres korporatives LSU-Mitglied, die "Agrarpartei" (ZS), entschied sich im November 1993, die LSU zu verlassen: für diese war wiederum die Umwandlung der LSU in eine Partei mit individueller Mitgliedschaft unakzeptabel. (Die Probleme der Bewegungen und Parteien sowie der individuellen und korporativen Mitgliedschaft sollten erst 1994 aufgrund eines neuen Gesetzes über politische Parteien geregelt werden.) Nach eigener Entscheidung ist die ZS als eigenständiges Subjekt jetzt Mitglied des "Realistischen Blocks" (siehe folgend).

Auch die "Vereinigung für die Republik - Republikanische Partei der Tschechoslowakei" (SPR-RSÈ) machte einige Veränderungen durch. Einige Mitglieder haben sich bereits im Januar abgespalten und die "Partei der republikanischen und national-demokratischen Einheit" (SRNDJ) gegründet, in der sie den Kern stellen. Dem Spaltungsprozeß konnte auch die parlamentarische Fraktion nicht entgehen, die nacheinander einige Mitglieder verließen. Zunächst verblieben sie als

---

<sup>6</sup> Nach der Sitzung des Exekutivrates der ODS im August 1993 war in der Presse zu lesen, es sei nicht akzeptabel, die ODS, die die meisten Stimmen erhalten hätte, in eine solche Lage zu drängen, daß sie bei Entscheidungen nur eine von vier Parteien der Regierungskoalition sei. Die ODS solle bei den Verhandlungen mit den Koalitionspartnern, die nur 4 bis 5% Stimmen gewonnen hätten, mit dem Gewicht ihrer 30% Stimmen wirken (Rudé právo, 27.8.1993).

unabhängige Abgeordnete, später haben sie sich mit der Fraktion der HSD-SMS, dem radikalen Teil der ursprünglichen Partei, verbündet.

Auch die letzte Oppositionspartei, die immer noch Aufmerksamkeit auf sich zieht, der "Linke Block" (LB), der aus der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSÈM) und der "Partei der demokratischen Linken" (SDL) besteht, hat einige gewaltige Erschütterungen erlebt, die mit dem Versuch verbunden waren, die orthodox-stalinistische Vergangenheit zu bewältigen. Anfang 1993 entstand die Gruppe "Für Sozialismus" unter der Führung von M. Štípán und J. Obzina, die den kommunistischen Ideen des alten Regimes treu geblieben sind.

Im März hat der KSÈM-Vorsitzende, Jiří Svoboda, in einem offenen Brief an die Mitglieder vorgeschlagen, den Namen der Partei zu ändern. Vier Tage später ist er unverrichteter Dinge von seinem Amt zurückgetreten. Während des Parteitages in Prostějov im Juni 1993 ist es zu einem grundsätzlichen Konflikt zwischen dem konservativen und dem Reformflügel gekommen, der mit dem Sieg der Konservativen endete. 217 der 369 Delegierten haben entschieden, den ursprünglichen Namen "Kommunistische Partei" zu behalten. Ein Teil der Delegierten sowie einige Abgeordnete im Parlament haben daraufhin die KSÈM verlassen und eine neue Partei gegründet - die "Partei der demokratischen Linken" (SDL). Sie wollte die Lücke im politischen Spektrum zwischen ÈSSD und KSÈM ausfüllen. Es fand außerdem eine Herauskristallisierung der Kräfte in der Parlamentsfraktion des "Linken Blocks" statt, die Fraktion blieb jedoch bis Ende 1993 zusammen.

Auch die (nach Meinungspräferenzen) stärkste Oppositionspartei, die ÈSSD, hatte Anfang 1993 einen intensiven innerparteilichen Richtungskampf durchzustehen, der auf dem 26. Parteitag Ende Februar kulminierte. Es sind dort drei Flügel entstanden: erstens die sog. Rakovní-ker-Fraktion, die sich der Linie der Regierungskoalition annähert, zweitens die sog. Zentristen und drittens die sog. Radikalen mit Miloš Zeman an der Spitze, der dann mit einer knappen Mehrheit (212 von 407 Anwesenden) zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Diese Wahl, einschließlich der Wahl der übrigen Parteifunktionäre, bedeutete den Sieg der radikalen Richtung im Sinne einer radikalen Opposition zur Regierung und leitete eine neue Situation im linken politischen Spektrum ein. Aus der ÈSSD entwickelte sich allmählich die stärkste linke Oppositionspartei, die Abtrünnigen aus den anderen Oppositionsparteien in und außerhalb des Parlaments offenstand. Damit waren ihre inneren Meinungskonflikte und die Neuformierung der Kräfte vorerst beendet.

Die ÈSSD entwickelte eine Reihe von Aktivitäten mit dem Ziel, die unweit der Mitte stehenden politischen Kräfte zu vereinigen, um die seit den Wahlen 1992 vakante Mitte zu besetzen.

Im Juni haben die ÈSSD, die LSU und die Christlich-Soziale Union (KSU) außerhalb des Parlaments den sog. "Realistischen Block" gegründet, der eine freie Gruppierung von politischen Kräften darstellt. Sie beabsichtigten, eine nichtkommunistische Alternative zum Regierungsprogramm zu schaffen, und stützten sich deshalb auf eine Vereinbarung des Vorstandes der LSU und der ÈSSD von März über die Aufstellung einer Schattenregierung im Rahmen dieses breiten nichtkommunistischen Blocks. Im Juni wurden die ersten fünf Mitglieder dieses Kabinetts vorgestellt.

Eine weitere Aktivität außerhalb des Parlaments entwickelte der sog. Mährisch-Schlesische Landtag, in dem sich Teile der SPR-RSÈ sowie die KSU, die Mährische Nationalpartei (MNS) und die

Mährisch-Schlesische Bewegung (MSH) verbündet haben. Die Grundidee seiner Tätigkeit, das mährisch-schlesische Gedankengut: Ablehnung des anhaltenden Pragozentrismus sowie Forderung nach Selbstverwaltung und Dezentralisierung von Steuereinnahmen, hat der Landtag allerdings eher diskreditiert, unter anderem auch wegen Konstituierung einer sog. mährisch-schlesischen Regierung im August 1993.

### *1.3 Aktivitäten der politischen Parteien außerhalb des Parlaments*

Das vakant gewordene politische Zentrum bot den Parteien außerhalb des Parlaments eine Chance, Gruppierungen zu bilden, die diese Lücke hätten ausfüllen können. Beachtenswert war vor allem die Tätigkeit der in der letzten Föderalwahlperiode regierenden Bürgerbewegung (OH). In den ersten Monaten registrierte die Öffentlichkeit vor allem die Aktivitäten der bekannt gewordenen Mitglieder der OH, nicht aber die OH als Partei. Sie machte eine innere Wandlung durch, und auf dem Kongreß im Oktober 1993 transformierte sie sich zu einer politischen Partei mit dem Doppelnamen "Freie Demokraten - OH" (SD-OH) die anschließend die Mitgliedschaft in der Liberalen Internationale beantragte. Zum Vorsitzenden wurde wieder der ehemalige Außenminister Jiří Dienstbier gewählt. Jenen OH-Mitgliedern, die mit der neuen Orientierung nicht einverstanden waren, bot der Vorsitzende der ÈSSD, M. Zeman, die Mitgliedschaft in seiner Partei an.

Zu weiteren Aktivitäten in diesem Teil des politischen Spektrums, die aber keinen evidenten Erfolg brachten, gehören die Verhandlungen der "Partei der Unternehmer und Gewerbetreibenden" (SPŽR) mit der HSDMS und der Liberal-Demokratischen Partei (LDS) über eine eventuelle Zusammenarbeit zur Bildung einer starken Mitte - bzw. Mitte-Rechts-Gruppierung. Die Idee fand Widerhall auch bei anderen Parteien; es meldete sich z.B. der Kandidat für das Amt des Parteivorsitzenden der ÈSS, Pavel Hirš, der seine Partei als eine "integrierende Kraft" der Mitte bezeichnete. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der ÈSS, der Umbenennung dieser in LSNS sowie der Kursannäherung an die ODS erlosch aber diese Initiative der LSNS wieder.

Im Grunde muß man festhalten, daß es keiner wichtigen Partei, trotz aller Bemühungen, gelungen ist, das vakante politische Zentrum zu besetzen.

### *1.4 Von der Zersplitterung zu einem Parteiensystem mit wenigen Parteien*

Das nie realisierte Ideal der Gründer der Tschechoslowakei zwischen den beiden Weltkriegen war ein System von nur drei Parteien. Die Meinungspräferenzen des ersten Jahres der ÈR haben sich diesem Ideal angenähert. Während das Parteiensystem im Jahre 1992 von neun Parteien getragen wurde, die heute das tschechische Parlament bilden, würde es nach den Wählerpräferenzen vom März 1993 nur von fünf und nach denen vom Dezember 1993 nur noch von vier Parteien gebildet, und zwar von ODS, ODA, ÈSSD, KSÈM, also durch zwei rechts- und zwei linksorientierte Parteien. Diese Ergebnisse sprechen offenkundig für eine Stabilisierung der Wählerschaft, wobei die Wähler der Kommunistischen Partei die beständigsten sind, aber den höchsten Altersdurchschnitt haben. Bei tatsächlichen Wahlen könnten jedoch die über 20% Unentschiedenen die Parteienlandschaft beeinflussen, allerdings nur, wenn sie tatsächlich zu den 66% gehören, die vorhaben, wählen zu gehen.

"Die Meinungspräferenzen des Jahres 1993 gestatten es, über eine Tendenz zu Etablierung eines Vier-Parteien-Systems zu sprechen. In der Tat wäre es ein ungewöhnliches Phänomen für ein System, das sich auf Verhältniswahlrecht stützt. Ein solches Ergebnis würde sich auf den Demokratisierungsprozeß zweifellos sehr positiv auswirken. Mit ein wenig Phantasie kann man sich mögliche Verschiebungen, Verbindungen, Zersplitterungen sowie den Untergang einiger Parteien des derzeitigen politischen Spektrums und die Entstehung eines Zwei-Parteien-Systems vorstellen. Zu dieser Entwicklung könnte auch die Änderung des Wahlgesetzes zu einem kombinierten Verhältnis-Mehrheits-Wahlrecht oder gar zu einem Mehrheitssystem beitragen, das 1990 nicht durchzusetzen war."<sup>7</sup>

Bis jetzt ist es noch zu keiner Verflechtung zwischen Parteien und Verbänden bzw. Parteien und Gewerkschaften gekommen, die sich bei der Vermeidung von sozialen Konflikten als hilfreich hätte erweisen können. Die politischen Parteien sind eher mit dem eigenen Konsolidierungsprozeß beschäftigt. Die Gewerkschaften suchten und suchen immer noch ihren Platz in dem neuen politischen System. Die Belastung durch die Vergangenheit führt zu unnötigen Unabhängigkeitsattitüden, und die Kontakte zwischen den Gewerkschaften und ihren natürlichen politischen Partnern bleiben oft Sache der persönlichen Einstellung.

## 2. Probleme nach der Abspaltung der Slowakei

Nach der Aufteilung des Staates<sup>8</sup> änderte sich für die Bürger nicht nur die soziale Umwelt, in der sie vorher gelebt hatten, sondern auch der Begriff Vaterland. Dies geschah in einer Zeit, als der Integrationsprozeß der westeuropäischen Staaten verstärkt wurde (Errichtung des einheitlichen Binnenmarktes in der Europäischen Gemeinschaft). Formell wurde der Staat zum 31. Dezember 1992 aufgeteilt<sup>9</sup>, aber der eigentliche Trennungsprozeß dauerte das ganze Jahr 1993 an, ohne endgültig beendet zu sein. Politisch war die Aufteilung für die beiden Regierungen nicht ungefährlich. Ministerpräsident V. Klaus erklärte, daß der Staat "so aufgeteilt wird, daß die Bürger es nicht spüren werden". Die Bürger spürten es, aber erst nach und nach.

Hunderttausende Bürger slowakischer Nationalität in der Tschechischen Republik, vor allem aber die zehn Millionen Tschechen mit ihrem Selbstverständnis der tschechoslowakischen Identität, standen plötzlich vor einer neuen Situation. Sie waren verpflichtet, sich innerhalb eines Jahres ihre Staatsangehörigkeit amtlich bestätigen zu lassen. Die jeweilige Option war dann mit Regelung von Versicherungs- und Steuerfragen, Arbeitsverhältnissen, Vermögensrestitutionsen, Privatisierung, Problemen im Falle von Mischehen usw. verbunden.

Über 300.000 in der Tschechischen Republik lebende Slowaken<sup>10</sup> mußten sich entscheiden, wer sie sind und sein wollen. Die slowakische Seite unterstützte die doppelte Staatsbürgerschaft, letztendlich hat sich jedoch der tschechische Standpunkt mit nur einer durchgesetzt. Die tschechische

<sup>7</sup> Lubomír Brokl, Perspektivní opoziční politika a česká sociální demokracie, in: Lidové noviny, 11.2.1994, S. 5.

<sup>8</sup> Die Föderalversammlung beschloß am 25. November 1992 die Teilung der Tschechoslowakei in zwei Nachfolgestaaten.

<sup>9</sup> Die beiden neuen Staaten regelten ihre Beziehungen für die erste Zeit nach der Trennung mit 25 zwischenstaatlichen Abkommen, die alle Lebensbereiche betrafen.

<sup>10</sup> Bei der Volkszählung 1991 haben sich 314.877 Bürger in der Tschechischen Republik als Slowaken bezeichnet.

Staatsangehörigkeit wurde einem slowakischen Bürger erteilt, wenn er sich mindestens zwei Jahre ununterbrochen auf dem Gebiet der Tschechischen Republik aufgehalten hatte, einen Nachweis über die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit der Slowakischen Republik (SR) sowie einen Auszug aus dem Strafregister beibrachte, daß er in den letzten fünf Jahren nicht straffällig geworden war.

## *2.1 Trennung der Währungen*

Es zeigte sich bereits in den ersten Monaten nach der Teilung der Föderation, daß die gemeinsame Währung langfristig nicht zu halten war. Nun nahm man Verhandlungen über ihre Trennung auf.

Das tschechische Parlament hat am 2. Februar 1993 mit 173 Stimmen das Gesetz über die Währungstrennung angenommen. Keiner war dagegen, 16 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. In Bratislava erörterten die Finanzminister der Tschechischen und der Slowakischen Republik das Zahlungsabkommen zwischen den beiden Staaten für die Zeit nach der Trennung der gemeinsamen Währung. Das Zahlungsabkommen wurde von der tschechischen Regierung am 4. Februar 1993 gebilligt und am selben Tag von den Finanzministern beider Republiken unterschrieben.

Die tschechische Regierung hat den Zeitpunkt der Währungstrennung für Montag, den 8. Februar, festgelegt, wobei der Austausch der Banknoten am 4. Februar (Donnerstag) um 10 Uhr anfing und am 7. Februar (Sonntag) um 18 Uhr beendet war. Die gesamte Operation war gut organisiert und verlief problemlos.

## *2.2 Gemeinsame Grenze*

Die erhöhte Migration in Europa, das in Deutschland anstehende neue Asylgesetz und das vorgesehene Rücknahmeabkommen zwischen der ER und Deutschland führten dazu, daß die Frage der Grenzübergänge und des Grenzregimes akut wurde. Verteidigungsminister A. Baudyš erklärte am 12. Januar, daß die tschechische Armee bereit sei, die Grenze mit der Slowakei zu sichern, wenn die Sicherheit der Bevölkerung der ER infolge einer großen Migrationswelle bedroht werden sollte<sup>11</sup>. Die Slowakei lehnte den Abschluß des Grenzregimevertrags dauernd ab bzw. machte das Abkommen von der Schließung ähnlicher Abkommen mit Ungarn, Polen und der Ukraine anhängig. Die slowakischen Vertreter sprachen über einen neuen "eisernen Vorhang", den die Tschechen errichten wollten. Zum ersten Abkommen kam es am 16. Juli beim Treffen von V. Klaus und V. Mečiar in Budapest: Es wurde die Errichtung von zwölf festen Straßen- und sieben Eisenbahnübergängen vereinbart. Für Tschechen und Slowaken sollte ein spezielles Grenzregime gelten.

Problematisch war nicht nur die Überwachung der neuen Grenze, sondern auch die Grenzziehung selbst. Dafür wurde eine Grenzfestlegungskommission gebildet. Es war keine einfache Aufgabe. Für die Verhandlungen waren beiderseitige Toleranz und guter Wille notwendig, weil mit der Festlegung der Grenze Vermögenswerte verbunden waren, die dann der einen oder der anderen Republik zufielen. Man rechnete mit etwa 13 Grenzveränderungen, wobei die Meinungen über Gebietskompensationen auseinandergingen.

Abgesehen von der "hohen Politik", brachte die Grenzfestlegung eine Reihe von Problemen für die

---

<sup>11</sup> Rudé právo, 13.1.1993.

auf beiden Seiten der tschechisch-slowakischen Grenze lebenden Menschen mit sich, die das Alltagsleben, die Beziehungen zu Freunden und Verwandten komplizierten. Viele Bürger mußten den Arzt, Kinder die Schule wechseln, da ihre, die nähere, jetzt auf der anderen Grenzseite lag usw. Manchmal hatten diese Probleme sogar eine komische Seite: Wohin mit dem Mist, wenn der Stall sich auf der einen und der Misthaufen auf der anderen Grenzseite befand? Die genaue Grenzziehung und die damit verbundenen Kontroversen waren bis Ende 1993 noch immer nicht abgeschlossen.

### *2.3 Teilung des Vermögens*

Die Prinzipien der Aufteilung des Föderaleigentums wurden zwar noch vor der "samtenen Scheidung" vereinbart, bald zeigte sich jedoch, daß es sich um einen komplizierten Prozeß handelt, für den nicht immer genug politischer Willen vorhanden war. Der Standpunkt der slowakischen Seite wurde von den zu erwartenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten beeinflusst, die tschechische Seite befürchtete, daß ihre Zahlungsforderungen an die SR ebenso scheitern könnten wie die an die ehemalige Sowjetunion. Nach und nach zeigte sich die wirtschaftliche Verflechtung der beiden Teile der ehemaligen Föderation in Details, das Problem der Vermögensteilung drohte umzukippen und zu einem politischen zu werden.

Im Februar fand der historische, erste Besuch von V. Klaus in der Slowakei statt. Dabei wurden einige zwischenstaatliche Abkommen unterzeichnet. Im Frühling standen noch einige Streitfragen offen: Aufteilung der Bilanzpositionen der föderalen Staatsbank auf die beiden neuen Staaten; ob die Aktien tschechischer Unternehmen an slowakische Inhaber von Investitionskupons<sup>12</sup> aus der Kuponprivatisierung ausgegeben werden sollen, der slowakische Goldschatz, Zahlungen für die Erdölleitung, Fragen der Staatsgrenze, Ersatzzahlung für die tschechoslowakische Staatsflagge und die Gebietsverluste der Slowakei für das Tišín-Gebiet (Teschener Land)<sup>13</sup>. Ständig neue Forderungen, die die slowakischen Vertreter stellten, führten zu einem Vorschlag des tschechischen Ministerpräsidenten V. Klaus, den man die sog. "Supernullvariante" nannte, nach der man aufhören sollte, stets darüber zu reden, wer wem was schuldet und irgendwelche Vermögensansprüche aus der Vergangenheit zu erheben.<sup>14</sup>

### *2.4 Zollunion*

Von Anfang an strebten die beiden neuen Staaten nach Aufstellung von Regeln für die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. Am 18. Januar verabschiedeten die Vertreter der tschechischen und der slowakischen Regierung in Bratislava die Statuten des Rates für Zollunion zwischen der ÈR und SR und beschlossen die Gründung eines ständigen Sekretariats dieses Rates mit Sitz in Bratislava. Zum Vorsitzenden des Rates wurde für das erste Halbjahr der Tscheche V. Dlouhý gewählt. Im zweiten Halbjahr löste ihn ein Slowake ab. Einige Tage später berieten die Finanzminister der ÈR

---

<sup>12</sup> Der Unterschied zwischen dem Aktienvermögen, das tschechische und slowakische Kuponsinhaber jeweils in der anderen Republik erworben hatten, betrug 19 Mrd. Kč zugunsten der Slowakei. Diese Forderung wurde zum Pfand für die Verhandlungen über den Vermögensausgleich, die erfolgreich abgeschlossen wurden, nachdem Klaus anfänglich die Ausgabe der tschechischen Aktien an die slowakischen Kuponsinhaber ablehnte.

<sup>13</sup> 1945 hat die ÈR das vom Polen 1938 besetzte Tišín-Gebiet zurückbekommen, und die Slowakei trat wiederum die von der slowakischen Armee zu Beginn des Krieges besetzten Gemeinden an Polen ab.

<sup>14</sup> Budování státu, 4, 1993, S. 2.



und der SR sowie die Chefs der Zollverwaltungen einige im Zusammenhang mit dem Untergang der ÈSFR stehende Probleme der Zollunion sowie einschlägige Rechtsbestimmungen. Im Hinblick auf den großen Rückgang im gegenseitigen Warenaustausch war eine Vereinbarung über das Zollregime und den bilateralen Handel für beide Staaten dringend notwendig.

## *2.5 Aufnahme neuer diplomatischer Beziehungen mit dem Ausland*

Am 19. Januar 1993 ist die ÈR als das 179. und die SR als das 180. Mitglied in die UNO aufgenommen worden. Beide Staaten wurden ebenfalls Mitglieder der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Auch wurde über die Übertragung des Assoziierungsabkommens mit der EG bzw. EU auf die Nachfolgestaaten verhandelt.

Eine Neuigkeit für die Außenpolitik war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu dem neuen ausländischen Partner, der Slowakei. Die Botschafter der neuen Republiken statteten sich im März gegenseitig den ersten offiziellen Besuch ab und tauschten ihre Akkreditierungsurkunden aus. Zu Beginn der diplomatischen Tätigkeit mußten beide das Problem einer geeigneten diplomatischen Residenz lösen.

Zur Aufgabe beider Vertretungen gehörte unter anderem, die große emotionelle Belastung in den gegenseitigen Beziehungen sowie das sinkende Interesse der Öffentlichkeit für die jeweils andere Seite abzubauen. Die Massenmedien konzentrierten ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die internen Probleme, der Zugang zu der Tagespresse "der anderen Seite" war schwierig, vor allem in der ÈR. Zur Gefahr der gegenseitigen Entfremdung trugen auch die zunehmenden Entwicklungsunterschiede im politischen und wirtschaftlichen Bereich bei.

## *2.6 Dominierende Kontroversen*

Mit der Teilung ist der große, jahrzehntelange tschechisch-slowakische Diskurs über die Staatsform in den böhmischen Ländern abgeklungen. Weder Massenmedien noch soziologische Untersuchungen kommen heute auf dieses Thema zurück, es sei denn rein pragmatisch, z.B. im Zusammenhang mit der Teilung von zwei Gemeinden an der mährisch-slowakischen Grenze und den Aktivitäten der dortigen Bürger, die etwas anderes als die Regierungen wollen. In der Slowakei bleibt die Teilung der Tschechoslowakei ein Thema,<sup>15</sup> und einfache Bürger kommen in Gesprächen mit Tschechen immer wieder darauf zurück.

Auch die ökonomische Debatte ist verstummt, vor allem die Debatte über die Varianten der wirtschaftlichen Reform bzw. über einen sog. dritten Weg. Durch die Abtrennung der Slowakei scheinen auch die Störungen in der tschechisch-mährischen Kommunikation zu Ende zu sein, und die antikommunistische Diskussion verliert an Intensität. Aber es entstehen schon wieder neue Auseinandersetzungen, die ausgetragen werden.

Die Meinungsverschiedenheiten um die sudetendeutsche Frage dauerten allerdings an, und Ende 1993 polarisierten sie sich weiter. Sie entwickelten sich unauffällig von den einzelnen Ansätzen der

---

<sup>15</sup> Die Bemerkungen der tschechischen Politiker M. Zeman (ÈSSD-Vorsitzender) und J. Dienstbier (SD/OH-Vorsitzender) über eine mögliche Wiedervereinigung nach der Abberufung der Meèiar-Regierung wurden als wenig realistisch aufgefaßt und kaum registriert.

unpolitischen Politik des Präsidenten V. Havel, die auf der Ebene der humanistischen und historischen Überlegungen geführt wurde, bis zu vermögensrechtlichen Forderungen der sudetendeutschen Landsmannschaft und ihres Vorsitzenden, Franz Neubauer. Dieses realpolitische Herangehen in Form eines außenpolitischen Drucks auf die tschechische Regierung fordert praktische Konsequenzen der Entschuldigung Havels für die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei ein. Dabei hat dieser Moralismus in einer solcherart geführten Kontroverse kaum etwas zu sagen, weil er sich schon durch seine Ausgangsformulierung erschöpft hat. Die realistische Politik von Klaus kann diesen Diskurs, der in der tschechischen Öffentlichkeit nun mehr und mehr als ein Versuch, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, aufgefaßt wird, entweder akzeptieren oder ablehnen. Die Erfüllung der sudetendeutschen Forderungen würde für jede Regierung der ER derzeit einen politischen Selbstmord bedeuten und eventuell eine politische Destabilisierung auslösen<sup>16</sup>. Sollten die Linken oder Postkommunisten bei der Wahl 1996 in der ER siegen, wie es z.B. die Polen prophezeien, oder sollte der Nationalismus bzw. der politische Radikalismus an Gewicht gewinnen, wäre dies nicht ein Nebenprodukt der ökonomischen Fehlentwicklung, sondern Ergebnis ebendieser Politik.

### **3. Die Regierung von Klaus**

#### *3.1 Fortsetzung der Wirtschaftsreform*

Die Klaus-Regierung wird gewöhnlich mit der Wirtschaftsreform und der durch sie positiv beeinflussten politischen Stabilität der Tschechischen Republik verbunden. Der erste Schritt der

---

<sup>16</sup> "... Als die Föderalversammlung das tschechisch-deutsche Abkommen erörterte, verlangte die BRD, keine Resolution zum Abkommen anzunehmen, wobei auch die deutsche Seite keine annehmen sollte. Der Bundestag hat allerdings eine solche Resolution verabschiedet, und diese ist zur Basis der sudetendeutschen Forderungen geworden. Der Widerstand gegen Entschädigungen ist keine finanzielle Frage, (...) die Zusammenhänge liegen tiefer, er ergibt sich aus der juristischen Theorie der Legalität des Protektorats, die in Deutschland immer mehr akzeptiert wird. Die Tschechische Republik habe keinen Anspruch auf Schadensersatz, ihre Verfassungsorgane hätten Deutschland keinen Krieg erklärt, das Protektorat sei legal entstanden. Tschechische Antifaschisten hätten im Gegenteil zu französischen oder polnischen Widerstandskämpfern widerrechtlich gehandelt. Die Beneš-Dekrete hätten keine Rechtskraft, da Beneš im Oktober 1938 abgedankt und niemand ihn wieder zum Präsidenten gewählt habe (...). Nach dieser Theorie leben wir immer noch in einem deutschen Protektorat. Dabei wird die Tatsache übersehen, daß die tschechisch-deutschen Beziehungen nicht nur bilaterale sind (...), die Stellung und innere Anordnung Deutschlands sowie seine Beziehungen zu den Nachbarn sind von den Siegermächten nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands modifiziert worden (...). Die Erklärung von K. Kinkel, daß die Bundesrepublik Deutschland nie die Vertreibung und die Konfiszierung der Güter anerkannt habe (...), ist völlig irrelevant. Die Entscheidung über die Vertreibung ist im Namen Deutschlands von den Siegermächten getroffen worden. Damit ist der Rechtsstatus von Vertriebenen gegeben. (...) Diese Erklärung Kinkels (...) ist ein der internationalen Gemeinschaft hingeworfener Handschuh. Es ist kein Zufall, daß er tschechischen Repräsentanten vor die Füße geworfen wurde. Es wurde sicher im voraus einkalkuliert, daß sie es nicht wagen würden, diesen Handschuh aufzuheben. (...) Wenn die tschechische Regierung nach Kinkels Erklärung anstatt der peinlichen Zusicherungen, der Herr Minister habe es nicht so gemeint, einen eindeutigen Standpunkt eingenommen und ihren Außenminister nach Warschau gesandt hätte, um die Verbündeten zu kontaktieren, (...) wäre diese Frage für mehrere Jahre von der Bildfläche verschwunden. Wenn wir ganz klar erklärt hätten, daß die internationale Gemeinschaft uns schon 1942 als kriegsführende Partei anerkannt habe und daß es überhaupt nicht darauf ankommt, was Deutschland darüber denkt, dann wäre das Argument, das unsere Rechte in Zweifel stellt, widerlegt." Nach Richard Král, Bonn postupuje vůči ER tak, jak mu Praha dovolí, in: Rudé právo, 27.10.1993.

Wirtschaftsreform wird von ausländischen Fachleuten günstig bewertet. Eine ungarische ökonomische Wochenzeitschrift schreibt z.B. darüber:

"Die Tschechische Republik hat ihr erstes selbständiges Reformjahr mit überraschend guten Resultaten abgeschlossen. Die makroökonomischen Ergebnisse sind trotz der von der Aufteilung der Tschechoslowakei herrührenden Schwierigkeiten besser als in den meisten Länder Osteuropas (...). Hat die ÈR eine Chance, zu einem Modell für die postkommunistische Transformation zu werden? Die bisherigen Erfolge der tschechischen Wirtschaft liegen in den folgenden drei Faktoren begründet:

1. Vorteilhafte Ausgangsposition: Das tschechische Budget war ausgeglichen, die nicht durch Waren abgedeckten Nachfrage war unbedeutend, die Inflationsrate niedrig (nur einstellig), die Auslandsverschuldung klein.
2. Die sehr günstige geographische Lage ermöglichte es, daß wegen der starken Kroneabwertung<sup>17</sup> und der größeren Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Produkte die Exportorientierung auf die westlichen Märkte dem Land nicht so viele Einbußen brachte.
3. Die radikale Reformstrategie kann aufgrund der guten Ausgangsposition mit geringeren sozialen Kosten realisiert werden. Obwohl die tschechische Führung in ihren Erklärungen eindeutig für Grundsätze der reinen Marktwirtschaft eintritt, hat in Wirklichkeit die Magnetnadel ihres Kompasses immer in Richtung des Pragmatischen gewiesen.
4. Als Beispiele können genannt werden: die mehrfache Aufschiebung des Konkursgesetzes sowie das Überleben der mit Staatssubventionen gestützten Großbetriebe. Trotz der erwähnten günstigen Ausgangsbedingungen wird erst die Zukunft zeigen, ob man über ein tschechisches Wirtschaftswunder sprechen kann. Auf der makroökonomischen Ebene könnten die Änderungen der Eigentumsverhältnisse noch eine Reihe von Überraschungen bringen (...). Der Höhepunkt der negativen Begleiterscheinungen wird im Jahre 1994 erwartet. Die Arbeitslosigkeit kann auf 6 oder 8% ansteigen; trotzdem soll das Bruttosozialprodukt um 2% wachsen. Wenn diese Einschätzung richtig ist, können die Tschechen die ökonomische Vorreiterrolle unter den postkommunistischen Staaten einnehmen."<sup>18</sup>

Auf die Unterschiede in der Makro- und Mikroökonomie machen auch andere Fachleute aufmerksam. Der in den USA wirkende polnische Wirtschaftswissenschaftler Prof. Roman Zakon antwortete im tschechischen Fernsehen auf die Frage, wie er den tschechischen Transformationsprozeß im Vergleich zu anderen Ländern bewerte: "Es ist notwendig, die kleine Privatisierung, d.h. die von Dienstleistungen und Einzelhandel, von der großen Privatisierung, d.h. der des staatlichen Produktionssektors und der Banken, zu unterscheiden.<sup>19</sup> In der kleinen Privatisierung ist Polen am weitesten vorangekommen, danach folgt Ungarn, auf der anderen Seite folgt die Gruppe von Staaten, in der die Tschechische

<sup>17</sup> Von vielen Beispielen nur eins: Hermann Schmidtberger, Repräsentant der bayerischen Handwerkskammer (unter der Abkürzung GBA betreibt er eine bayerische Filiale in Pilsen) lobt im Gespräch mit L. Rakušanová für Radio Free Europe das günstige Verhältnis von Lohnkosten und Arbeitsproduktivität in der ÈR: "... die Arbeitsproduktivität in Tschechien beträgt 70-80% der in Bayern üblichen Produktivität, aber die Lohnkosten bilden ein Drittel oder höchstens die Hälfte jener in Bayern (...). Derzeit ist klar, daß die Krone gegenüber der DM absolut unterbewertet ist. Sie sollte ungefähr im Verhältnis 10-12 Kč zu 1 DM liegen. Die Unterbewertung der Krone wird als Instrument der Wirtschaftsbelebung benutzt... aber einmal wird die Regierung von der sog. Inländerkonvertibilität zu der normalen übergehen müssen... Gegenwärtig nehmen tschechische Betriebe dank des vorteilhaften Währungskurses eine Sonderstellung ein, und sie sind praktisch ohne Konkurrenz... Wenn es nicht so wäre, wäre fremde Ware für den Verbraucher billiger, allerdings könnten die einheimischen Produzenten durch die Konkurrenz in Schwierigkeiten geraten; die Unterbewertung der Krone als protektionistische Maßnahme hatte ihre Berechtigung am Anfang der Transformation, aber sie verliert sie nach und nach, ich meine, daß sie ungefähr noch ein Jahr erhalten werden kann."

<sup>18</sup> Judit Szolnoki, in: Figyelő, 4, 27.1.1994, S. 30. Die ungarische Quelle wurde deshalb angeführt, weil in den ungarischen Bewertungen die tschechischen Reformschritte zumeist kritisch gesehen werden.

<sup>19</sup> Im Unterschied zu Polen, Ungarn und der ehemaligen DDR war die Verstaatlichung in der Tschechoslowakei in allen Sektoren fast vollständig. Es gab keine kleinen Privathandwerker, Geschäftsleute, es haben buchstäblich nur ein paar Privatbauern überlebt.

Republik zwar etwas vorne stehen kann, wo sich aber nach den offiziellen Statistiken ebenfalls Bulgarien und Rumänien und in diesem Jahr auch Rußland befinden, was allerdings nichts über die Qualität aussagt. Bei der großen Privatisierung sieht das Bild ganz anders aus. Weit vorn steht dank der Kuponprivatisierung die Tschechoslowakei, heute eher Tschechien als die Slowakei."<sup>20</sup>

Ähnliches berichten auch westeuropäische Zeitschriften. Die Länderreihenfolge nach dem in der ER angelegten Investitionsvolumen war 1993: USA, Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich.<sup>21</sup> Die ER erneuert schnell ihre Tradition der Finanzstabilität und kommt in eine weitere Transformationsphase. In dieser Phase sollte die Privatisierung abgeschlossen und die Transformation von Betrieben beschleunigt werden, damit sie den marktwirtschaftlichen Anforderungen entsprechen. Tschechien benötigte eine Finanzhilfe zur Eindämmung der Inflation nur in den Jahren 1991 und 1992, wobei sie den Kredit, den sie vorsichtshalber im Jahre 1993 aufnahm, nur teilweise ausschöpfte und im selben Jahr tilgte.

Der "letzte Thatcherist in Europa", wie V. Klaus manchmal im Ausland genannt wird, genießt eine stabile Unterstützung der Öffentlichkeit. Die Regierung glaubt, daß der Privatsektor imstande sein wird, die potentielle Arbeitslosigkeit aufzufangen. Vorläufig ist es zu keinen härteren Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaften gekommen, auch dank dem Einfluß der Tripartitität als Institution der sozialen Partnerschaft. Es gab keine Erscheinungen von Nationalismus, keine politischen Erschütterungen und keinen Verfall der Wirtschaft.

### *3.2 Die Kuponprivatisierung*

Die zweite Welle der Kuponprivatisierung begann im Oktober 1993, und die Registrierung der Kuponhefte wurde am 30. November abgeschlossen. Daran konnten alle Bürger der Tschechischen Republik mit Wohnsitz auf ihrem Territorium teilnehmen, die das 18. Lebensjahr erreicht hatten. Seit dem 15. Dezember hatten die Bürger die Möglichkeit, mittels der Investitionsfonds zu investieren.

Mit der Beendigung der einzelnen Runden der ersten Kuponprivatisierungswelle im Jahre 1993 trat in Zusammenhang mit den Investitionsfonds<sup>22</sup> das grundsätzliche Problem der Herauskristallisierung der neuen ökonomischen Macht und ihrer Verbindungen zu der politischen immer deutlicher zutage. "Die Kuponmethode ist entstanden, weil der Staat nicht imstande war, die Betriebe standardmäßig zu privatisieren, d.h. sie zuerst zu sanieren oder durch eine strategische Umstrukturierung so weit zu bringen, um sie dann zum Marktpreis zu verkaufen. Es war notwendig, das Verfahren umzudrehen. Aus der Kuponprivatisierung sind neue Inhaber hervorgegangen, die die Gesundungsprozesse besser und schneller in den Griff bekommen als der Staat. Den Fachleuten von der tschechischen Kapitalmarktaufsichtsbehörde zufolge stellen allerdings die Investitionsfonds und -gesellschaften das problematischste Glied des Kapitalmarkts dar. Über die Mehrzahl davon weiß man nicht viel, sie legen nicht einmal Halbjahrs- und Jahresberichte über ihre Tätigkeit vor. Sie sind entstanden, um den Bürgern zu helfen, die nicht genug Kenntnisse besitzen oder sich nicht trauen, in das

<sup>20</sup> Tschechisches Fernsehen ÈT 1, HIPS (Wirtschaftsinformations- und Unternehmensservice), 5.10.1993.

<sup>21</sup> Radio Free Europe, 30.12.1993.

<sup>22</sup> Es gibt mehr als 300 Investitionsfonds, 22 Anteils- und 130 Investitionsgesellschaften.

Investitionsgeschäft einzusteigen. Vorübergehend erfüllen sie trotzdem eine unverzichtbare Funktion. Die Menschen haben den Fonds ihre Kupons im guten Glauben anvertraut, daß hier versierte Fachleute agieren, die für ihre Aktien schon gut sorgen werden. Oft respektieren die Fonds aber ihren Tätigkeitsbereich nicht und gewähren auch Kredite und Vorschüsse auf Dividenden, was im Widerspruch zu Bestimmungen des Handelsgesetzbuches steht. Einige Fonds betreiben auch Handel mit Immobilien. Außerdem zeigen die Fonds Bestrebungen, die privatisierten Aktiengesellschaften zu steuern, anstelle das ihnen anvertraute Portfolio effektiv zu verwalten. Das Gesetz erlaubt einem Investitionsfonds, bis zu 20% des Aktienkapitals der privatisierten Aktiengesellschaft zu erwerben. Es wird eine Novelle des Gesetzes über Investitionsgesellschaften vorbereitet, die die Stellung der Investitionsfonds dadurch stärken soll, daß die 20%-Anteilsgrenze aufgehoben wird. Wenn es aber dazu kommt, wird die ökonomische und politische Macht zunehmend in den Händen einiger weniger Fonds, genauer gesagt, einer kleinen Gruppe von Finanzspekulanten, konzentriert sein. Die einzelnen Fonds können einander aufkaufen, so daß am Ende nur einige verbleiben werden, die der Regierung diktieren können, was sie zu tun hat."<sup>23</sup>

### *3.3 Das neue Steuersystem*

Zum 1. Januar 1993 ist ein neues Steuer- und Versicherungssystem in Kraft getreten, mit dem unter anderem eine Mehrwertsteuer (von 5% und 23%) eingeführt wurde. Das Finanzministerium hat in diesem Zusammenhang mit einer Preiserhöhung von 6% gerechnet, aber die Wirklichkeit übertraf alle Schätzungen bei weitem. So sind z.B. bei Lebensmitteln die Preise um 11-20% gestiegen. Schuld daran hatten gewissenlose Unternehmer und falsche Steuerberechnungen.

Der allgemeine Preisanstieg auch bei den anderen Lebenshaltungskosten (Miete, Verkehr, Strom) hat die Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Sie fangen an, gegen die nicht mehr tragbare Preisentwicklung zu protestieren, und haben eine außerordentliche Sitzung der Tripartitität erzwungen. Da andere Interessen- und Druckgruppen (single issue groups) nicht vorhanden sind, war es eine der wenigen Möglichkeiten des Widerstands. Das Ergebnis waren strengere Preiskontrollen bei besonders überteuerten Warengruppen. So mußte der stets proklamierten reinen Marktwirtschaft zum Trotz wieder der Staat eingreifen. Die Gewerkschaften, vor allem durch den Gewerkschaftsbund OS KOVO (Gewerkschaftsbund Metall) repräsentiert, waren entschlossen, einen dauerhaften und programmatischen Druck auf die Tripartitität und Regierung zu entwickeln, wollten aber keine Hungerstreiks ausrufen oder unterstützen. Das neue Steuersystem war von Anfang an Gegenstand von Kritik und Pressionen seitens der Interessengruppen und hat im Verlauf des Jahres eine Reihe von Korrekturen erfahren.

### *3.4 Die Reform der Staats- und Selbstverwaltung*

Das mit der Reform der öffentlichen Verwaltung verbundene Problem der administrativ-territorialen Gliederung des Staates wurde schon im Jahre 1990 nach der Auflösung der höheren Verwaltungseinheiten - Bezirke - aktuell. Die damaligen Reformvorstellungen werden aber heute als fehlerhaft bewertet. Nach - insbesondere aufgrund der empfindlichen Position von Mähren und

---

<sup>23</sup> Radio Free Europe, 30.4.1994.

Schlesien - gescheiterten Bemühungen ist dieses Problem bald nach den Wahlen 1992 durch die Teilungsproblematik in den Hintergrund geraten. Nach der Konstituierung der Tschechischen Republik war es nicht mehr möglich, die Lösung aufzuschieben; die kontroversen Konzeptionen und unzureichende Konsensbereitschaft waren allerdings nicht ausgeräumt. Meinungsverschiedenheiten gab es auch bei der Frage nach der Dringlichkeit der Reform, auch wenn sie von den politischen Parteien in den Wahlprogrammen als einer der Grundbelange hervorgehoben wurde. Die regionale Verwaltungsgliederung und die Reform der öffentlichen Verwaltung wurden zum Streitgegenstand auch innerhalb der Regierungskoalition, vor allem ODS versus andere Koalitionsparteien, und es offenbarte sich auch die unterschiedliche Einstellung des Präsidenten und des Premierministers. Während Havel von der Tatsache beunruhigt war, daß die administrativ-territoriale Gliederung immer noch nicht gelöst war, obwohl inzwischen fast vier Jahre verstrichen waren, hat Klaus, im Gegenteil zu ihm, die Besorgnis geäußert, daß eine übereilte Bildung von höheren regionalen Verwaltungseinheiten möglicherweise zur politischen Instabilität führen könnte.

Es ist nicht gelungen, die unterschiedlichen Positionen in bezug auf Zeit, Art und Weise, Form der regionalen Gebietsgliederung sowie das Ausmaß der Dezentralisierung der Verwaltungsbefugnisse aufeinander abzustimmen. Im Verlauf des ganzen Jahres konnte keine Lösung dieser Frage, die politische Bedachtsamkeit und Toleranz verlangt, gefunden werden.

### *3.5 Die Verfassung und der Senat*

Die Besetzung des Senats, wie die Verfassung sie vorsieht, hat die politischen Parteien im Parlament das ganze Jahr 1993 beschäftigt und war auch die Ursache für Unstimmigkeiten in der Regierungskoalition. Im Laufe des ganzen Jahres 1993 ist es nicht gelungen, den Senat zu konstituieren.<sup>24</sup> Infolge dieses Umstands ist das Abgeordnetenhaus im Falle einer politischen Krise unauflösbar und die Verfassungsordnung nicht vollständig umgesetzt. Der Vorsitzende der ODS, Ministerpräsident V. Klaus, hat sich inzwischen dahingehend geäußert, daß der Senat in die Verfassung eigentlich versehentlich, als Folge seiner damaligen "Beanspruchung durch die slowakischen Angelegenheiten", d.h. der Vorbereitungen der Staatsaufteilung, "hineingerutscht" sei. Der Senat wurde zur Ursache für periodische Kontroversen in der Regierungskoalition sowie zwischen Opposition und Koalition. Die Konstituierung eines vorläufigen Senats wurde vom Abgeordnetenhaus im Dezember 1992 und nochmals im Januar 1993 abgelehnt. Die Abgeordneten der Republikanischen Partei schlugen dem Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer, M. Uhde, am 8. Januar 1993 sogar vor, ein Verfassungsgesetz zu verabschieden, das den Senat aus der Verfassung der Tschechischen Republik vollends streichen sollte. Da der Antrag der Koalitionsgruppe über die Errichtung des vorläufigen Senats am 25. Mai 1993 im Parlament erneut abgelehnt wurde, bleibt dieses Gremium bis zu den Kommunalwahlen im November 1994 unbesetzt. In einer Rundfunksendung hat V. Klaus ausgeführt, daß er "vergeblich nach einer Funktion für den Senat suche" und eine zweite Parlamentskammer für das Land eine unnötige Institution darstelle.<sup>25</sup> Am 14. Oktober 1993 haben 21 Abgeordnete von LSU, ÈSSD, HSD-SMS den Antrag gestellt, den Senat

---

<sup>24</sup> Nachdem das Wahlgesetz für den Senat vom Parlament im Juni 1994 nicht angenommen wurde, wird dieses Problem wohl auch 1994 nicht gelöst werden.

<sup>25</sup> Radiožurnál, 7.9.1993.

aus der Verfassung zu streichen, der jedoch nicht angenommen wurde.

Das Problem des Senats quälte die Bürger viel weniger. Die meisten Wähler, sofern sie sich überhaupt zum Problem äußern konnten, waren Befürworter des Einkammerparlaments.<sup>26</sup> Im Verlauf des Jahres hat sich die Einstellung zum Zweikammerparlament zwar ein wenig gebessert - vor allem in Böhmen gegenüber Mähren -, aber das Einkammerparlament bleibt nach wie vor bevorzugt (Nur Abgeordnetenhaus: 42%, zwei Kammern: 23%, weiß nicht: 35% der Befragten).<sup>27</sup> Mehr Gegner des Senats fanden sich unter den Anhängern der Sozialdemokratie sowie der anderen Linksparteien, weniger unter denen der ODS und der anderen Parteien der Regierungskoalition.

Die Rolle des Senats und seine Tätigkeit waren und sind den Bürgern ohnehin nicht ganz klar, und die politischen Parteien bemühten sich auch nicht, sie in dieser Richtung aufzuklären oder zu überzeugen. Sie blieben mit ihren Streitigkeiten unter sich. Argumente für den Senat wie "Verfassungssicherung" oder "stabilisierendes Element" blieben Losungen ohne konkreten Inhalt. Deshalb überwog auch in der Öffentlichkeit die Ansicht, daß der Senat nur deshalb vorgesehen war, damit die tschechischen Abgeordneten der ehemaligen Föderalversammlung ihre Mandate behalten konnten.<sup>28</sup>

Es scheint, daß auch die Abgeordneten des Parlaments diese Meinung teilen und im Senat eine unerwünschte Konkurrenz sehen. Aus der Untersuchung der Nominierungen für die Wahl<sup>29</sup> kann man nämlich schließen, daß bei den tschechischen Parteien für das Föderalparlament die politische Garnitur kandidierte, deren Ansehen bereits etwas verblaßt war.

### *3.6 Die anhaltende Abrechnung mit der Vergangenheit*

Die Abrechnung mit der Vergangenheit nach dem November 1989 kann man in zwei Teile<sup>30</sup> gliedern: Wiedergutmachung des begangenen Unrechts und Bestrafung der Schuldigen.

Der erste Komplex, der vor allem Restitutionen und Rehabilitationen betrifft, wurde zwar nicht restlos, doch aber relativ zufriedenstellend im Vergleich zu den anderen postkommunistischen Ländern gelöst. Das zweite Problem, die Bestrafung der Schuldigen des früheren Regimes, wurde in einer bereits vergessenen Rede Havels vom September 1990 zum Jahrestag des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Armeen zur Sprache gebracht.<sup>31</sup> Daraufhin erging die administrative "Maßnahme des Präsidiums der Föderalversammlung über die Besetzung von leitenden Funktionen durch Ernennung", die die Nomenklaturkader aus allen führenden Positionen in Verwaltung und Volkswirtschaft entfernen sollte. Dadurch war aber das Problem der Bestrafung im wesentlichen noch nicht gelöst; außerdem fehlten jegliche Durchführungsbestimmungen. Später, im November 1991, wurde das sog. "Lustrationsgesetz" verabschiedet. Weiter ist die aus den Wahlen 1990

---

<sup>26</sup> Ansichten über den Senat, IVVM + FACTUM, Untersuchung des IVVM, Nr. 93-11.

<sup>27</sup> Ebenda.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Untersuchung über die Nominierung von Kandidaten für die Parlamentswahlen 1992, die im Rahmen des bisher nicht beendeten Projekts CEU/RSS Nr. 813/91-92 "The Party System and Parliament in the Election Year 1992" (Projektleiter L. Brokl) vorgenommen wurde.

<sup>30</sup> Budování státu, 3, 1993, S. 6.

<sup>31</sup> Damit sollte die sog. "zweite Revolution", die nach der "samtenen" von 1989, beginnen.

hervorgegangene politische Repräsentanz in ihren Bemühungen, mit der kommunistischen Vergangenheit abzurechnen, nicht gekommen. Die neue politische Elite, vor allem die aus den Wahlen 1992 hervorgegangene Regierungskoalition, die auch eine etwas andere politische Orientierung vertritt, wollte im Einklang mit ihren Wahlaussagen diesen Mißstand beheben.

Im Februar 1993 unterschrieben Innenminister J. Ruml und der Generalstaatsanwalt der Tschechischen Republik, J. Šetina, ein Abkommen über die Errichtung eines Koordinierungszentrums für Dokumentation und Untersuchung von Gewalt gegen das tschechische Volk. Das Zentrum sollte sich mit Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit und ähnlichen schwerwiegenden Straftaten befassen und eine Beweissammlung zusammentragen.

In der Debatte über das Gesetz sind die Abgeordneten der Koalitionsparteien übereingekommen, die Unverjährbarkeit der kommunistischen Verbrechen für die Zeit vom 25. Februar 1948 bis 29. Dezember 1989 festzulegen.

Im März 1993 haben die Vorsitzenden der Koalitionsparteien bekanntgegeben, daß sie sich über drei Punkte des "Gesetzes über die Rechtswidrigkeit des kommunistischen Regimes und den Widerstand dagegen" geeinigt haben: Verurteilung der kommunistischen Ideologie; Sicherung der Unverjährbarkeit von Verbrechen; Bestrafung der Schuldigen.

Das Gesetz wurde im Parlament mit 129 gegen 38 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen; 30 waren abwesend. Dagegen hatten nur die Abgeordneten vom "Linken Block" und ein unabhängiger Abgeordnete gestimmt, enthalten hatten sich drei Abgeordnete von der Liberal-Sozialen Union. Noch im Juli wurde das Gesetz vom Präsidenten der Republik unterzeichnet. Die Abgeordneten vom "Linken Block" reichten eine Beschwerde über die Rechtswidrigkeit der ersten vier Paragraphen dieses Gesetzes beim Verfassungsgericht ein, sie wurde aber am 21. Dezember abgewiesen.

Generell stellt diese Rechtsnorm die Voraussetzung dafür dar, daß die Opfer des kommunistischen Regimes eine teilweise Wiedergutmachtung und moralische Genugtuung erfahren. Die erhebliche Verzögerung bei der Verabschiedung hat die Öffentlichkeit jedoch ohne große Erregung zur Kenntnis genommen. Dieser Beschluß hätte unmittelbar nach der Wende im Jahre 1990 ein ganz anderes Echo gefunden.

#### **4. Die Rolle von Václav Havel**

Das erste Jahr der ER war die Zeit der Konsolidierung und Normalisierung der politischen Szene, die seit drei Jahren vom Fieber der Auseinandersetzungen über die künftige Staatsform der Tschechoslowakei geschüttelt wurde, die in ihre Aufspaltung mündeten. Es bedeutete das endgültige Ende der "unpolitischen Politik" von Havel und Pithart und den Beginn einer politischen Professionalisierung, die mit einer in der neuen Verfassung verankerten Neubestimmung der politischen Schlüsselinstitutionen, einschließlich des Staatspräsidenten, einherging.<sup>32</sup>

---

<sup>32</sup> Bis zur Aufteilung der Tschechoslowakei galt die kommunistische Verfassung, die zwar in den wichtigsten Paragraphen novelliert worden war, in der revolutionären Atmosphäre der damaligen Zeit jedoch sehr wenig Achtung genoß.



#### *4.1 Bestimmung der Kompetenzen des Präsidenten in der neuen tschechischen Verfassung*

Nach der neuen Verfassung vom 16. Dezember 1992 wird der Staatspräsident der ČR vom Parlament in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern<sup>33</sup> für eine fünfjährige Amtszeit gewählt. Zum Präsidenten kann jeder Bürger, der in den Senat wählbar ist, gewählt werden, jedoch höchstens für zwei Perioden hintereinander.

Der Präsident hat folgende Kompetenzen: Er ernennt und entläßt den Premierminister sowie die Regierungsmitglieder; er beruft die Sitzungen des Abgeordnetenhauses ein; er löst das Abgeordnetenhaus auf; er beauftragt die Regierung, wenn er ihren Rücktritt akzeptiert oder sie entläßt, mit einer einstweiligen Ausübung aller Amtshandlungen, bis die neue Regierung ernannt wird; im Einvernehmen mit dem Senat ernennt er die Richter, den Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden des Verfassungsgerichts; er ernennt den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Gerichts; er entscheidet über Amnestien und erläßt Strafen; er hat das Recht, Gesetze, mit Ausnahme von Verfassungsgesetzen, an das Parlament zurückzuweisen; er ernennt den Präsidenten und den Vize-Präsidenten des Obersten Kontrollamtes; er ernennt die Mitglieder des Bankrates der Tschechischen Nationalbank.

Der Präsident hat das Recht, den Sitzungen beider Kammern des Parlaments, der Ausschüsse und Kommissionen beizuwohnen und dort jederzeit das Wort zu ergreifen. Außerdem ist er berechtigt, an den Kabinettsitzungen teilzunehmen, von der Regierung und den Fachministern Berichte anzufordern und mit den Regierungsmitgliedern alle in deren Kompetenz liegenden Amtsangelegenheiten zu erörtern. Er kann nur wegen Hochverrats belangt werden.

#### *4.2 Präsidentenwahl*

##### **4.2.1 Die Streitigkeiten bei der Nominierung des Kandidaten für das Präsidentenamt**

Obwohl die Regierungsparteien wiederholt beteuerten, Václav Havel sei für sie der einzige Präsidentschaftskandidat, unterließen sie es nicht, ihm nahezubringen, wem er seine Wahl zu verdanken hat. Einige von ihnen, vor allem die KDU-ČSL, zogen seine Nominierung sogar in Zweifel. Die Presse berichtete zunehmend über Meinungsverschiedenheiten zwischen Klaus und Havel, über frühere Fehler Havels u.ä. Auch der Name eines möglichen Gegenkandidaten wurde genannt: Jaroslav Stráský, Chef der Föderalregierung in der zweiten Jahreshälfte 1992. In dieser etwas verwirrenden Situation versuchte dann die ODA die Unsicherheit zu beenden, als sie bekanntgab, Havel auch ohne Koalitionspartner als Kandidaten aufstellen zu wollen. Die Oppositionsparteien (ČSSD, LSU und HSD-SMS) teilten mit, daß sie keinen eigenen Kandidaten nominieren werden, jedoch über eine Unterstützung Havels erst nach Gesprächen mit ihm entscheiden wollen. Nach längeren Klärungsgesprächen haben sich die Koalitionsparteien dann am 18. Januar 1993 auf die Kandidatur von Václav Havel geeinigt und eine gemeinsame Erklärung abgegeben.

---

<sup>33</sup> Nach der Verfassung besteht das Parlament der Tschechischen Republik aus dem Abgeordnetenhaus und dem Senat, den es immer noch nicht gibt.

Am 21. Januar 1993 hat der Organisationsausschuß des Abgeordnetenhauses das Datum der Präsidentenwahl auf den 26. Januar, 15.00 Uhr, festgelegt. Es waren drei Kandidaten nominiert: der ehemalige Präsident der ÈSFR, Václav Havel, der von den Parteien der Regierungskoalition (ODS, ODA, KDS, KDU-ÈSL) mit 105 Stimmen unterstützt wurde (für seine Wahl war die absolute Mehrheit - 101 von 200 Stimmen - erforderlich); Marie Stiborová, Biologiedozentin an der Fakultät für Naturwissenschaften der Karlsuniversität und Abgeordnete des Tschechischen Nationalrats (Parlament des tschechischen Teils der Föderation) für KSÈM (Linker Block), vorgeschlagen von 28 Abgeordneten des "Linken Blocks", von zwei Abgeordneten der LSU und zwei Abgeordneten der HSD-SMS, und Miroslav Sládek, Vorsitzender der SPR-RSÈ. Reelle Chancen auf Erfolg hatte nur Václav Havel, obwohl die Abgeordneten von LB, SPR-RSÈ und HSD-SMS (vierköpfiger Klub) ihm ihre Stimmen verweigerten. Die Abgeordneten der LSU und der Sozialdemokratie stimmten nicht einheitlich. Einstimmige Unterstützung hatten jedoch die acht Abgeordneten des Unabhängigen Liberalen Klubs von Pavel Hirš zugesagt.

An der Wahl des Präsidenten auf der zweiten Parlamentssitzung nahmen alle 200 Abgeordneten teil. In einer geheimen Abstimmung wurden für V. Havel 109 Stimmen, für M. Stiborová 43 Stimmen und für M. Sládek 14 Stimmen abgegeben. Das Wahlergebnis wurde wider Erwarten erst in den Abendstunden bekanntgegeben, und zwar wegen einer Obstruktion der Republikaner Sládeks, die in einer Livesendung die vorhergehende Amtsperiode Havels auf eine geschmacklose und skandalöse Weise stundenlang kritisierten. Die Darstellung wurde durch einen Anruf über eine Bombe in einer TV-Kamera abrupt beendet, wozu sich bald danach ein Zuschauer bekannte, der nach eigenen Worten dieses Spektakel nicht mehr ertragen konnte. Paradoxerweise trugen die Republikaner durch ihre primitive Vulgarität zur Havels Wahl schon in der ersten Runde bei, obwohl nicht alle Koalitionsabgeordneten für ihn gestimmt hatten.

Am Abend nach seiner Wahl gab Václav Havel seine erste Pressekonferenz und bemühte sich, alle vorhergehenden Befürchtungen der Parteien hinsichtlich seiner Aspirationen auf die Rolle eines starken Präsidenten mit der Erklärung zu zerstreuen, er wolle nur ein unauffälliger Bewahrer der politischen Kultur sowie der Kultur des öffentlichen Lebens in der ÈR sein. Er wurde am 2. Februar 1993, kurz nach 14 Uhr, inauguriert.

#### ***4.3 Veränderungen der Rolle des Präsidenten***

Die veränderte Rolle Havels als Staatspräsident des neu konstituierten Staates ergab sich unmittelbar aus der in der Verfassung verankerten Neubestimmung der Präsidentenkompetenzen, die im Unterschied zu der föderalen Amtsperiode 1990-92 deutlich beschnitten waren. In der Atmosphäre des Reformeifers nach der politischen Wende, begünstigt durch seine charismatische Persönlichkeit, nahm Havel auch Befugnisse wahr, die den Rahmen einer streng reglementierten Gewaltenteilung spürbar überschritten. Dem mußte nun Einhalt geboten werden. Mit einer geordneten Verfassungsordnung wurde daher dieses zum Teil informell gewachsene Rollenverständnis des Staatspräsidenten zurechtgestutzt. In der politischen Praxis bedeutete dies eine deutliche Stärkung der Entscheidungskompetenzen des Ministerpräsidenten und der Regierung.

Im Vergleich zu seiner Amtsperiode 1990-92 haben sich für V. Havel als Staatsoberhaupt des neuen

Staates die Rahmenbedingungen der Amtsführung wesentlich verändert: Die Rücksichtnahme auf konträre nationale Interessen der Slowaken fiel weg, der neue Staat hatte einen anderen Status (Nationalstaat), die neue Verfassung beschränkte und formalisierte den Wirkungsbereich des Präsidenten, besonders die informellen Elemente seiner früheren Amtsführung. Die Präsidentenkanzlei, die man früher als eine parallele Regierung empfunden hatte, wurde erheblich reduziert. Die Prager Burg hörte auf, ein allseitiges Entscheidungszentrum zu sein. V. Havel mußte einen Mittelweg zwischen seiner Autorität und dem festgeschriebenen Status suchen.

Sein erstes Amtsjahr kann in zwei Hälften eingeteilt werden. Das erste Halbjahr bestärkte seine Kritiker irrtümlich in ihrer Überzeugung, daß Havel eine abgeschriebene, resignierende politische Größe sei und die Rolle einer Repräsentationsfigur, eines harmlosen politischen Symbols, akzeptiert habe. Erst später zeigte sich, daß Havel vor allem Orientierungsansätze in der neuen politischen Konfiguration und eine optimale Wirkungsposition suchte. Bald kam es zu ersten Kompetenzstreitigkeiten, vor allem mit dem Außenminister Josef Zieleniec, der von der ODS gestellt wurde. Havel sprach sich offen für eine Militärintervention in Bosnien sowie Luftangriffe gegen serbische Positionen aus. Dafür erntete er Anerkennung, aber lediglich im Ausland. Der Außenminister sah darin einen Eingriff in seine Kompetenzen, verwahrte sich gegen diese unerwünschten Vorstöße und wies den Präsidenten zurecht. Diese Kontroverse wurde zum Anlaß genommen, ein Konsultationssystem zur Koordinierung der Außenpolitik beider Akteure einzurichten.

Im zweiten Halbjahr 1993 hatte Havel seine Position bereits gefunden. Er trat häufiger und selbstbewußter auf. Im Vergleich zu seiner früheren Amtsperiode mäßigte er die Gradlinigkeit seiner Urteile, aber vollständig auf sie zu verzichten, war er nicht bereit. Dies gilt auch für seine Auffassung der deutsch-tschechischen Beziehungen, für seinen Standpunkt zu Restitution des kirchlichen und vor allem des jüdischen Eigentums. In der Diskussion über das Problem von nicht gewinnorientierten Organisationen verteidigte er den menschlichen und ethischen Aspekt gegen die pragmatisch-buchhalterische Position der Regierung. Er wies eine Novelle des Zollgesetzes zurück, die den Parlamentariern gestatten sollte, sich Zollkontrollen zu entziehen; er kritisierte die Bestimmung des Paragraphen 102 des Stafgesetzbuches über die Verunglimpfung der Republik und der Repräsentanten der obersten Verfassungsorgane, obwohl er sie letztendlich unterschrieb. Er erlebte sogar seinen kleinen Thermidor, als er gegen die "revolutionäre", illegale Veröffentlichung von Mitarbeiterlisten der Geheimpolizei StB auftrat und seinen Standpunkt vor Gericht verteidigte. Dort geriet er mit seinen ehemaligen Mitstreitern, den Unterzeichnern der Charta 77, aneinander und wurde von ihnen heftig beschimpft.

Mit großem Erfolg trat er auf der Sitzung des Europarates in Wien auf. Auf der Prager Burg empfing er feierlich den russischen Präsidenten Jelzin und Anfang Januar 1994 auch den amerikanischen Präsidenten Clinton. Er traf mit einer Reihe wichtiger Persönlichkeiten zusammen, z.B. mit dem verfolgten britischen Schriftsteller S. Rushdie. Dieser Besuch löste einen dramatischen Konflikt mit dem Ministerpräsidenten Klaus und der Regierung aus, der sich erst legte, nachdem auch andere europäische Politiker und der amerikanische Präsident Rushdie empfangen hatten.

Man kann konstatieren, daß die moderate Kontraposition des pragmatischen Realismus von Ministerpräsident Klaus und der Regierung einerseits und des idealisierenden, ethischen Messia-

nismus Havel andererseits die tschechische politische Szene belebt, kultiviert und humanisiert, ohne daß dabei die Gefahr irreparabler politischer Schäden wie in den ersten Jahren nach der Novemberrevolution 1989 bestünde.

#### *4.4 Entwicklung des Vertrauens in den Präsidenten und andere politische Institutionen (nach Meinungsumfragen)*

Die Öffentlichkeit betrachtet die Rolle des Präsidenten und die Rolle des Ministerpräsidenten Klaus und seiner Regierung, die in Werten und im Handeln oft konträr zueinander stehen, als komplementär und mit gewissen Sympathien. Diese Sympathiewerte liegen stetig über 60%. 1993 schwankte die Popularität von Havel zwischen 66 und 70%, das ist der zweite Platz hinter dem Wirtschaftsminister Dlouhý (72-80%), während den dritten Platz eben Klaus mit 62-65% einnahm. Das Vertrauen in den Präsidenten ist am stärksten bei Frauen und bei jungen Menschen unter 30, bei Menschen mit mittlerer und höherer Bildung, aus Städten mit über 100.000 Einwohnern, aus Prag und bei Anhängern der rechtsorientierten Parteien ODS und ODA, ähnlich wie bei Klaus und Dlouhý.<sup>34</sup> Ein größeres Vertrauen in die Verfassungsorgane (Präsident, Regierung, Parlament) haben potentielle Wähler der Parteien der Regierungskoalition, ein geringeres Vertrauen Anhänger der Oppositionsparteien.

---

<sup>34</sup> Untersuchung des IVVM, Nr. 93-09.

Tabelle 2

<b>Vertrauen in die Verfassungsorgane</b>											
	1992	1993									
	Dezember	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	September	Oktober	November	Dezember

Präsident	-	-	72	66	70	67	69	69	73	70	69
Regierung	52	64	58	53	60	57	52	57	60	59	56
Parlament	47	46	34	28	30	31	24	26	23	25	20

Tabelle 3

<b>Mißtrauen in die Verfassungsorgane</b>		
	1992	1993

	Dezember	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	September	Oktober	November	Dezember
Präsident	-	-	25	32	28	29	28	28	25	29	28
Regierung	38	33	37	43	37	39	45	39	37	37	40
Parlament	41	49	59	66	63	61	70	66	69	68	73

Der größte Vertrauensunterschied besteht zwischen potentiellen Wählern der ODS und des "Linken Blocks".<sup>35</sup> Ein anderes Bild der Verfassungsorgane zeigt die Antwort auf die Frage, wie die Bürger die Arbeit von Parlament und Regierung bewerten. Die Arbeit der Regierung wird von doppelt so vielen Respondenten stabil als gut im Unterschied zur Arbeit des Parlaments<sup>36</sup> beurteilt. Das Parlament ist traditionell nicht beliebt, einerseits wegen häufiger Affären der Abgeordneten, andererseits wegen einer ganzen Reihe von Entscheidungen bzw. Nichtentscheidungen, die die Abgeordneten in der Öffentlichkeit in Mißkredit brachten. Es bietet sich aber noch eine andere Erklärung dafür an, daß z.B. Wirtschafts- und Sozialpolitik mit konkreten Personen verbunden wird, die meistens Kabinettsmitglieder sind. Ein weiterer Grund kann eine Vereinbarung der Koalitionspartner sein, nach der die Abgeordneten der Regierungsparteien nie öffentlich interpellieren, sondern die Fragen an die Minister schriftlich richten und diese intern erledigt

<sup>35</sup> Vgl. Untersuchung des IVVM, Nr. 94-01.

<sup>36</sup> STEM, Center for Empirical Research, Prag, November 1993.

werden.<sup>37</sup> Da die Regierung nur von den Oppositionsabgeordneten angegriffen wurde, nimmt die überwiegend rechtsorientierte Öffentlichkeit die Minister in Schutz.

## 5. Tschechische Republik an der Schwelle des Jahres 1994

Den neuen politischen Eliten sowie den Meinungsbildnern ist es in den ersten drei Jahren nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gelungen, fast alle konstitutiven gesellschaftlichen Werte zu entwerten und einen Zustand ohne positive integrierende Werte zu erreichen. Das, was als die großen Werte in Geschichte und Staatstradition bezeichnet wurde und von den Kommunisten nicht gänzlich verworfen worden war, wurde aus ebendiesem Grunde in der Zeit danach zunichte gemacht. Die von den Kommunisten eliminierten Werte konnten zumeist auch in der Zeit darauf nicht belebt werden, weil die neuen politischen Eliten infolge ihrer mangelhaften humanistischen Bildung und der Zensur in der kommunistischen Ära sie nicht gekannt hatten und sie jetzt folgerichtig auch nicht wiedererkennen konnten. Das tschechische postrevolutionäre, flagellantische Interpretationswertmuster haben die slowakischen Meinungsbildner angenommen und weiterentwickelt. Wenn es aber slowakische Angelegenheiten betraf, haben sie sich ihm aus ihrer Interpretationssicht entschieden widersetzt. Es herrschten abstrakte Moralisierung und generalisierende Reflexionen; es dominierten schöne, große Worte und Slogans auf der einen Seite, begleitet von Nichtauthentizität, Unsicherheit und unkritischer Übernahme externer Anregungen auf der anderen Seite. Sogar der damalige designierte Ministerpräsident der selbständigen Slowakei, Vladimír Mečiar, äußerte in der laufenden tschechisch-slowakischen Diskussion, daß er den Tschechen, wenn nötig auch mit "Fußtritten", ihre nationale Identität ins Bewußtsein bringen würde.

Für die Bewertung der Entwicklungen im Jahre 1993 sind die Erwartungen nicht unerheblich, mit denen sich für die tschechische und slowakische Bevölkerung der bevorstehende Wandel verband. Im Juli und September 1992, als schon feststand, daß die Tschechoslowakei aufgeteilt wird, haben Tschechen und Slowaken die Folgen der Trennung wie folgt bewertet<sup>38</sup>:

Tabelle 4

Die Folgen der Trennung für die ER werden sein	Tschechen		Slowaken	
	Juli	September in %	Juli	September in %
Erleichterung für einen schnellen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg	23	17	15	20

<sup>37</sup> J. Ježek, Poslanci koalice nemohou interpelovat, in: Lidové noviny, 18.5.1994.

<sup>38</sup> IVVM, Nr. 92-09.



Vorübergehende Verschlechterung der Lage	49	47	40	46
Langfristige Verschlechterung der Lage	15	24	15	13
Verlust der demokratischen Entwicklung und des Wegs zur Prosperität	4	7	4	2
weiß nicht	9	5	25	19

Tabelle 5

<b>Die Folgen der Trennung für die SR werden sein</b>	Tschechen		Slowaken	
	Juli	September in %	Juli	September in %
Erleichterung für einen schnellen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg	1	1	17	12
Vorübergehende Verschlechterung der Lage	19	20	40	44
Langfristige Verschlechterung der Lage	50	49	26	29

Verlust der demokratischen Entwicklung und des Wegs zur Prosperität	19	16	7	5
weiß nicht	11	14	10	10

Mit Abstand von fast zwei Jahren scheint es, daß die Tschechen ihre eigene Lage vorsichtiger und skeptischer beurteilten, als sie sich in Wirklichkeit entwickelt hatte, die slowakische Lage dagegen etwas realistischer. Die Slowaken bewerteten ihre eigene Lage weniger realistisch.

Tabelle 6

<b>In fünf Jahren geht es der ER ökonomisch</b>	<b>Tschechen in %</b>	<b>Slowaken in %</b>
besser	54	54
schlechter	19	14
weiß nicht	27	32

<b>In fünf Jahren geht es der SR ökonomisch</b>	<b>Tschechen in %</b>	<b>Slowaken in %</b>
besser	9	32

schlechter	53	35
weiß nicht	38	33

Vom sozialpsychologischen Gesichtspunkt aus ist diese zweite Bewertung für die Entwicklungen des ersten Jahres bedeutungsvoll. Die tschechische optimistische Bewertung ist mobilisierend, die slowakische demobilisierend. Die Slowaken haben die Entwicklungsmöglichkeiten der ÈR positiver gesehen als ihre eigenen.

Tabelle 7

<b>Die Stellung der ËR in Europa und in der Welt</b>	<b>Tschechen in %</b>	<b>Slowaken in %</b>
wird sich bessern	12	12
bleibt diesselbe	33	54
verschlimmert sich	43	15
weiß nicht	12	19

<b>Die Stellung der SR in Europa und in der Welt</b>	<b>Tschechen in %</b>	<b>Slowaken in %</b>
wird sich bessern	2	30
bleibt diesselbe	15	29
verschlimmert sich	64	26
weiß nicht	19	15

--	--	--

Während die Tschechen sich der Folgen der Trennung bewußt waren, war es bei den Slowaken nicht der Fall. Sie haben eher erwartet, daß sich ihre Lage mit der Trennung automatisch bessern würde und die Tschechen keinen Schaden erleiden würden. Die Tschechen dagegen haben angenommen, daß sie sich um die Besserung ihrer Lage werden selbst bemühen müssen.

Nach der Aufspaltung der Tschechoslowakei, zu Beginn ihres ersten Jahres, wirkte die Tschechische Republik wie ein Waisenkind an der Schwelle des Herrensals Westeuropa, das sich seiner Möglichkeiten nicht bewußt ist. Einen ähnlichen Eindruck machte die Festveranstaltung anläßlich der Gründung des neuen Staates am 1. Januar 1993 im Wladislaw-Saal der Prager Burg. M. Uhde, vor der Wahl Havels als Parlamentspräsident der höchste Amtsträger der Republik, begrüßte den neuen Staat eher schuldbewußt : "... Worte allein können nicht rechtfertigen, was wir getan haben .... der selbstständige tschechische Staat erneuert sich im Zeichen der bleibenden Wahrheit". Premier Klaus erwähnte hingegen das Ende der Tschechoslowakei nur kurz und sprach vor allem über die Aufgaben seiner Regierung im kommenden Jahr. Keiner hat sich zum humanistischen und demokratischen Vermächtnis der Tschechoslowakei bekannt, keiner hat versucht, die Idee des neuen Staates anzudeuten und "die bleibende Wahrheit" zu formulieren. Bei der bereits angesprochenen flagellantischen Negierung der Werte der eigenen Tradition war das nicht möglich. Die Bürger mit ihrem gesunden Menschenverstand haben sich aber ihren Teil gedacht. Wie die soziologischen Untersuchungen und Meinungsumfragen zeigen, hat die Bevölkerung sich die grundsätzlichen konstitutiven Werte der tschechischen Staatlichkeit bewahrt, und die demokratische politische Elite hat sich diese Wertschätzung des Volkes schließlich zu eigen gemacht. Bei der Festversammlung zum 75. Gründungstag der Tschechoslowakei am 28. Oktober 1993 haben die Herren Uhde, Klaus und diesmal auch schon Havel sich eines Besseren besonnen und endlich "die bleibende Wahrheit" und die beinahe verlorengegangene integrative Formel des tschechischen Staates wiedergefunden. Diese scheinbar unauffällige Bewußtseinsveränderung ist das bedeutendste politische Ergebnis des ersten Jahres der Tschechischen Republik. Als grundsätzliche konstitutive Werte des tschechischen Staates werden von der Bevölkerung betrachtet: die verlaufende Wirtschaftsreform, die politische Demokratie der Zwischenkriegszeit, die überdauernde tschechisch-slowakische Wechselbeziehung, der Prager Frühling 1968 und Antifaschismus, verbunden mit einem latenten, allergisch-situativen Mißtrauen gegenüber Deutschland.<sup>39</sup>

Eine Untersuchung der öffentlichen Meinung im August 1993 hat gezeigt, daß der 28. Oktober für 86% der Bevölkerung ein Feiertag der gesamten Nation ist und eine demokratische staatliche Tradition symbolisiert, während der Tag des heiligen Wenzels, den einige Parteien noch im September 1993 vorschlugen, keine Alternative darstellt. Nach einer Meinungsbefragung im November haben 62% der Tschechen ein sehr gutes Verhältnis zu den in Tschechien lebenden Slowaken. Die Slowakische Republik steht mit 50% auf dem fünften Platz der Beliebtheitskala,

<sup>39</sup> IVVM, Nr. 93-09 und weitere Untersuchungen des IVVM; L. Brokl, Èím byl a èím zústal osmašedesatý, in: Soudobé dijiny, 2-3, 1994; ders., Pravda, která zústala, in: Lidové noviny, 30.12.1993.

noch vor Deutschland (45%). Das Bild des Prager Frühlings 1968 ist trotz des zeitlichen Abstands von einem Vierteljahrhundert und der Kritik von links und rechts ein positiver konstitutiver Wert geblieben. Die Hälfte der Bevölkerung ist der Meinung, daß es sich im Jahre 1968 um einen Versuch, die Demokratie zu erneuern, handelte; ein Drittel sieht sich nicht in der Lage, diese Ereignisse zu beurteilen, oder interessiert sich nicht dafür. Drei Viertel der heutigen tschechischen Bevölkerung meinten, der Gedanke des Prager Frühlings sei eine "Angelegenheit der Mehrheit des Volkes" gewesen.

Im Laufe des Jahres 1993 erneuerte sich nicht nur die Idee, sondern auch der Mechanismus des dynamischen Gleichgewichts des demokratischen politischen Systems. Sollte es im heutigen Europa zum Wechsel der politischen Nachkriegselite kommen, so hat sich dies in der Tschechischen Republik mit einem gewissen Vorsprung bereits im Jahre 1990 vollzogen.

Weihnachten im ersten Jahr der ER war trotz aller Befürchtungen für 85% der Bürger und für zwei Drittel der Arbeitslosen eine angenehme und festliche Zeit im Familienkreis. Viele Ausgaben und Finanzprobleme hatten 57% der Bürger und drei Viertel der Arbeitslosen; mit Streß und viel Arbeit waren die Festtage für 39% der Bürger (1990 jedoch für 63% der Bürger), für die Hälfte aller Frauen und drei Viertel der Hausfrauen verbunden. In der überwiegenden Mehrheit der Familien (96%) wurden Geschenke gemacht, Christbäume geschmückt, Weihnachtsgerichte zubereitet (93%), in 40% der Familien wurden Weihnachtslieder gesungen und 31% besuchten Gottesdienste.

Die Bürger sahen optimistisch in die Zukunft. (Diese gesamte optimistische Stimmung war mit dem Vertrauen in die Wirtschaftsreformen und damit mit der Unterstützung der Reformen verbunden.) In ähnlicher Weise schätzten sie auch das Jahr 1993 ein.

Tabelle 8

<b>Das Jahr 1993 war für die tschechische Gesellschaft</b>	<b>Bürger in %</b>
sehr gut	2
gut	12
eher gut	22
weder gut noch schlecht, mittelmäßig	37

eher schlecht	18
sehr schlecht	1
weiß nicht	4

Tabelle 9

<b>Bewertungen des Vorjahres im Vergleich</b>				
	1990	1991	1992	1993
Das Jahr war für unsere Gesellschaft	(n = 515)	(n = 1320)	(n = 779)	(n = 810)
gut	45	26	18	36
mittelmäßig	35	38	40	37
schlecht	19	35	40	23

--	--	--	--	--

(Die Angaben für die ÈR sind in %, den Rest zu 100% bildet die Angabe "Weiß nicht").

Tabelle 10

**Die Bewertung der Zufriedenheit mit der allgemeinen politischen Lage im Verlauf des Jahres 1993**  
( in %)

	Februar	April	Mai	Juni	Juli	September	Oktober	November	Dezember
zufrieden	38	34	40	42	38	40	47	46	33
nicht zufrieden	58	63	57	54	59	54	49	51	62
weiß nicht	4	3	3	4	3	6	4	3	5

Ungeachtet der ungelösten Probleme, die eher in den Bereich "der großen Politik" gehören, war das



erste Jahr für die Bevölkerung des neuen Staates sicherlich aufregend, und mit dem Beginn der zweiten Welle der Kuponprivatisierung im November 1993 brachte es auch Hoffnungen, daß eine Wende zum Besseren bevorsteht.

## Anhang

ÈSS	Tschechoslowakische Sozialistische Partei	Èskoslovenská strana socialistická
ÈSSD	Tschechische Sozialdemokratische Partei	Èská strana sociální demokratická
HSD-SMS	Bewegung für eine selbstverwaltete Demokratie - Gesellschaft für Mähren und Schlesien	Hnutí za samosprávnou demokracii - Spoleènost pro Moravu a Slezsko
HSDMS	Bewegung für eine selbstverwaltete Demokratie Mährens und Schlesiens	Hnutí za samosprávnou demokracii Moravy a Slezska
KDS	Christlich-Demokratische Partei	Køes Ÿ anskodemokratická strana
KDU-ÈSL	Christlich-Demokratische Union-Tschechoslowakische Volkspartei	Køes Ÿ anská a demokratická unie-Èskoslovenská strana lidová
KSÈM	Kommunistische Partei Böhmens und Mährens	Komunistická strana Èech a Moravy
KSU	Christlich-Soziale Union	Køes Ÿ ankosociální unie
LB	Linker Block (Koalition aus KSÈM und SDL)	Levý blok

LDS	Liberal-Demokratische Partei	Liberální demokratická strana
LSNS	Liberal-Soziale Volkspartei	Liberální strana národní sociální
LSU	Liberal-Soziale Union (Bündnis zwischen ÈSS, SZ und ZS)	Liberální sociální unie
MNS	Mährische Nationalpartei	Moravská národní strana
MSH	Mährisch-Schlesische Bewegung	Moravskoslezské hnutí
ODA	Bürgerlich-Demokratische Allianz	Obèanská demokratická aliance
ODS	Bürgerlich-Demokratische Partei	Obèanská demokratická strana
OH	Bürgerbewegung	Obyvatelské hnutí
SD-OH	Freie Demokraten- Bürgerbewegung	Svobodní demokraté (OH)
SDL	Partei der demokratischen Linken	Strana demokratické levice

SPR-RSÈ	Vereinigung für die Republik - Republikanische Partei der Tschechoslowakei	Sdružení pro republiku- Republikánská strana Èeskoslovenska
SPŽR	Partei der Landwirte und Gewerbetreibenden	Strana podnikatelù, živnostníkù a rolníkù
SRNDJ	Partei der republikanischen und national-demokratischen Einheit	Strana republikanské a národní demokratické jednoty
SZ	Partei der Grünen	Strana zelených
ZS	Agrarpartei	Zemidìlská strana

Lubomír Brokl/Zdenka Mansfeldová

## Review of Czech Domestic Policy in 1993

Bericht des BIOst Nr. 8/1995

### Summary

#### Introductory Remarks

*When the Czechoslovak Federation was divided, citizens of the Czech Republic experienced changes not only in their territory but also in their concept of fatherland. Czechoslovakia was formally divided into two states on 31 December 1992, but it in fact took the whole of 1993 to implement the actual division of the unified state. The primary problems turned out to be the distribution of federal assets and the demarcation and administration of a common national border. Although the principles governing the distribution of state assets had been agreed upon before the division, this soon proved to be a complex process requiring both sides to show more political determination than was always possible. The extent to which the two parts of the former Federation are interconnected became clear only gradually, and disagreements over practical matters repeatedly threatened to become political.*

*The division of Czechoslovakia put an end to a long-standing debate in the Bohemian countries concerning the Czech-Slovak state. Even the mass media and opinion pollsters seldom examine these problems any longer, and, when they do, it is only in the context of practical problems raised by the division of the state. Problems arose, for example, in a community on the Moravian-Slovak border whose inhabitants wanted solutions different from those of their governments. People in Slovakia still think about the dissolution of the Federation, and the topic is constantly being raised in conversations with Czechs.*

*People no longer discuss the controversial search for an appropriate model for economic reform or a third path. Even the clash between Czechs and Moravians appears to have lost currency since the collapse of the Federation and, after the law on the illegality of the Communist government was adopted, even the anti-communist debate is becoming less fervent. However, the conflict between Czechs and Sudeten-Germans continues and repeatedly enters troubled waters teeming with disputes.*

*During 1993, the following problems gave rise to domestic tensions of varying degrees of intensity: the restitution of church assets, the senate and passage of an electoral law for this body, reform of the public administration, and a new administrative and territorial organization of the state.*

*In its first year of independence, the Czech economy is judged to have performed favourably.*

*Despite problems arising from the division of the Federation, the country achieved better macroeconomic results than most post-communist countries. With the beginning of the second wave of coupon privatisations, the change in property relations has entered its next phase which should have a positive effect on economic transformation.*

*Despite its liberal rhetoric, the government is concerned to maintain social peace and undertakes preventative measures to address the greatest social problems. It has, for example, delayed the implementation of a law which would permit large state enterprises to fail.*

*Political tensions and conflicts exist among individual coalition parties and within the other political groups. Viewed from the outside, however, there have been no open crises in the governing coalition. The work of most opposition parties, moreover, has been considerably hampered by the division of the Federation. The absence of a political middle field has provided parties outside parliament the opportunity to form political groupings to fill this gap.*

## **Findings**

- 1. The year of 1993 was characterised by a search for national identity in the newly independent state. At the same time, the processes of dividing the Federation were gradually brought to a conclusion. The Czech Republic continued negotiations with Slovakia concerning mutual relations, and these were ultimately fixed by the two governments in the form of an agreement. The currency was separated and a customs union established. In addition, they worked intensively to distribute federal assets and successfully resolved the most important issues in this area. However, this proved to be a more lengthy and difficult process than initially anticipated. Both successor states have established diplomatic relations and taken steps to settle their common border and its administration. These steps have raised a whole series of problems in everyday life, especially in the border regions, and have repeatedly demonstrated the high degree to which the two states are intertwined.*
- 2. On the basis of voter preferences during 1993, the party system - the parties which have been able to enter parliament - has revealed a tendency to concentrate on three or four political parties. This was the ideal that the first republic sought but never achieved prior to the Second World War. A strong, serious, and constructive opposition is still lacking and probably will not be achieved for some time to come. Despite attempts by parties outside parliament and by some parties already established in parliament, no party has succeeded in filling the gap in the middle of the political spectrum. Despite the high degree to which the public sphere has been politicised, Czech citizens take no personal interest in or are even disgusted by party life, which has been discredited by the dominance of the Czechoslovak Communist Party during the 40 years of communist rule.*
- 3. In opinion surveys carried out during 1993, Czech citizens ranked the most important problems as follows: crime and the absence of satisfactory security for citizens, health care, the standard of living, the environment, and economic reform. People exhibit a growing confidence in democratic institutions and the possibility of safeguarding citizen's rights. However, as the Czech people continue to have a poorly developed democratic sense and*

*mechanisms remain insufficient to represent all interests, large parts of the population are still unconvinced that they can achieve their interests in society.*

- 4. Czech citizens tend to be optimistic about the future. This attitude is linked to confidence in the economic reforms and is also reflected by relatively stable voter preferences and the population's tendency to favour the right wing. The domestic political situation in the Czech Republic at the end of its first year of independence is to a great extent more secure and stable than it was at the beginning of the year. Despite numerous conflicts within the coalition, basically only two significant problems have remained unresolved: the reorganization of the public administration and of local self-government, which is linked to the new regional organization of the country, and the restitution of church property.*
- 5. The role of the president has changed. In comparison with his position as head of state in Czechoslovakia, V. Havel's powers have been more limited and he has been bound by different constitutional conditions as president of the new state.*